02/2022

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

UMFRAGE

Die Menschen vertrauen ihren Bürgermeistern

Seite 18

ORTSZENTREN

Stadt und Land zusammendenken

Seite 34

Booster für Gemeindefinanzen

Gute Nachrichten für die Gemeinden: 275 Millionen Euro aus dem KIG müssen nicht refundiert werden, 75 Millionen gibt es für eine Impfkampagne und mehr als 500 Millionen sind für eine Impfprämie möglich. Wir haben die Details.

Seite 12

FOTO // ©SZ Design - stockadobe.com/

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunal-Verlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

KOMMUNAL WIRTSCHAFTS FORUM 2022

& FLGÖ-BUNDESFACHTAGUNG

31.3.-1.4.2022
ST. VEIT, BLUMENHALLE

Das Kommunal-Wirtschaftsforum bietet Ihnen kompetenten Input zu den Themen
LEAN MANAGEMENT, WERTSCHÖPFUNG UND FINANZEN, KLIMASCHUTZ und DIGITALISIERUNG.
Für die Entscheidungsträger in Kommunen, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung.
Holen Sie sich Zukunftsimpulse.
Im wunderschönen Ambiente der Blumenhalle in St. Veit an der Glan.
Anmeldung und Infos auf **www.kommunalwirtschaftsforum.at**

Österreichischer Gemeindebund · Österreichischer Städtebund · KOMMUNAL · KOMMUNAL BEDARF.AT · Deloitte. · Raiffeisen Meine Bank · SIEMENS · SWIETELSKY

12 WORKSHOPS, 10 KEYNOTES UND 2 PODIUMSDISKUSSIONEN MIT TOP-SPEAKERN,

UNTER ANDEREM:

DI INGMAR HÖBARTH
Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds Österreich

DI ROGER HACKSTOCK
Geschäftsführer von Austria Solar

WOLFGANG GRASL
Geschäftsführer bei Lean Experts

DR. HARALD PITTERS
Geschäftsführer von Pitters® TRENDEXPERT

FRANZ-REINHARD HABBEL
Buchautor und Gründer des „Innovators Club" für strategische Zukunftsthemen der Kommunen wie Bildung, Stadtentwicklung und Kommunikation.

REINHARD HAIDER
Digitalisierungsexperte und Amtsleiter in Kremsmünster

DIPL.-ING. BERNHARD GÖBL, MSC
Director bei Deloitte Consulting GmbH

MARKUS ECKER
Head of Department Cover Pool and Public Finances bei Raiffeisen Bank International AG

JETZT ANMELDEN AUF
www.kommunalwirtschaftsforum.at

Urban Future.

Helsingborg 22

22 Helsingborg Sweden

HELSINGBORG

Der Treffpunkt für CityChanger.

Urban Future 22, 1.-3. Juni 2022 in Helsingborg, Schweden

Das inspirierendste Event des Jahres für alle, die Nachhaltigkeit in Städten vorantreiben.

Wir sehen uns dort!

www.urban-future.org
www.citychangers.org

STARTHILFE INS JAHR 2022

MEHR GELD FÜR UNSERE GEMEINDEN

Am 19. Jänner habe ich gemeinsam mit Bundeskanzler Nehammer, Vizekanzler Kogler, Finanzminister Brunner und Landeshauptmann Wallner neuerliche Finanzhilfen für Österreichs Gemeinden präsentiert. Wir können dabei voller Stolz sagen, dass nur aufgrund unseres Einsatzes auf Bundesebene alle Gemeinden zusätzlich 275 Millionen Euro frische Mittel bekommen haben. Außerdem erhalten Länder und Gemeinden auch Kostenersätze für die Steuerreform und die Spitäler, weswegen man von einem Gesamtpaket von 1,9 Milliarden Euro sprechen kann. Das ist nicht selbstverständlich und zeigt, wie stark die Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in den letzten Jahren geworden ist.

Im Detail verzichtet die Bundesregierung auf die im letzten Jahr vereinbarte Rückzahlung von 275 Millionen Euro aus dem zweiten Gemeinde-Hilfspaket. Das bedeutet einfach gesagt: Die Gemeinden haben zum Start ins Jahr 2022 um 275 Millionen Euro mehr auf dem Konto. Alles in allem haben wir vom Bund mit den zwei Gemeindepaketen bisher 1,775 Milliarden Euro an direkter finanzieller Corona-Hilfe erhalten. Zusammen mit den Mitteln der Länder von rund 400 Millionen Euro konnten wir die finanziellen Folgen der Pandemie mit fast 2,2 Milliarden Euro sehr gut abdecken. Alle Details zum Paket gibt es in dieser Ausgabe.

Am 18. Jänner haben wir auch eine Prognose des WIFO zu den Gemeindefinanzen präsentiert. Die letzten Jahre waren herausfordernd, aber die Bilanz war doch besser als erwartet. Die Gemeinden haben ihr Bestes gegeben, um die Daseinsvorsorge zu sichern und gleichzeitig in die Zukunft zu investieren. Als regionale Konjunkturmotoren haben wir im Jahr 2020 mit 3,14 Milliarden Euro die lokale Wirtschaft und Zigtausende Arbeitsplätze gesichert. Der Blick in die Zukunft – auf die Ertragsanteile und Kommunalsteuern der nächsten Jahre – stimmt uns auch sehr positiv. Dazu mehr in dieser Ausgabe von KOMMUNAL.

Zu Jahresbeginn hat uns auch eine Umfrage neuerlich steigende Vertrauenswerte bestätigt. Zwei Drittel der Österreicher vertrauen ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. In der Krise der letzten beiden Jahre ist dieses Vertrauen in uns auch noch weitergewachsen, während andere politische Ebenen mit Vertrauensverlusten zu kämpfen haben. Mit diesem Vertrauensvorschuss und einer guten finanziellen Ausstattung können wir auch in diesem Jahr wieder für unsere Gemeinden weiterarbeiten. Viel Erfolg und alles Gute dafür!

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

> „MIT DEM VERTRAUENSVORSCHUSS UND EINER GUTEN FINANZIELLEN AUSSTATTUNG KÖNNEN WIR **AUCH IN DIESEM JAHR WIEDER FÜR UNSERE GEMEINDEN WEITERARBEITEN.“**

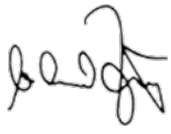
Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Rolle der Gemeinden als Dreh- und Angelpunkt in der Bewältigung der Krise hat eine neue Facette bekommen: Zum einen stellt die Regierung in Summe fast 600 Millionen Euro für eine Impfkampagne und Impfprämien bereit. Diese Unterstützung zeigt, welches Vertrauen die Politik in das Fingerspitzengefühl der Gemeinden hat, noch mehr Menschen davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Denn es geht nicht nur um die Gesundheit, sondern auch darum, den Riss, der sich durch die Gesellschaft zieht, nicht zu vergrößern. Und wer, wenn nicht die Gemeinden, wo die Mandatare tagtäglich mit den Menschen zusammenkommen, hat diese Fähigkeit?

Und zum anderen unterstützt der Staat die Gemeinden auch auf einer anderen Ebene: 275 Millionen Euro aus dem zweiten Investitionspaket müssen nicht refundiert werden. Damit ist sichergestellt, dass die Gemeinden ihre Aufgabe als größter öffentlicher Investor auch weiterhin erfüllen können. Die Zeichen dafür stehen gut, denn eine Prognose des WIFO macht Hoffnung, dass sich die kommunalen Finanzen heuer positiv entwickeln werden und die Gemeinden die Motoren der österreichischen Wirtschaft bleiben werden, meint Ihr



Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

FOTO // @PhotoSG - stock.adobe.com/

/12

Mehr Geld für die Gemeinden

Impfprämie und Impfkampagne bringen frisches Geld und 275 Millionen Euro müssen nicht refundiert werden

FOTO // pict rider/Stock.adobe.com

/18

Vertrauen in Gemeinden

Bevölkerung: „Wir vertrauen unseren Bürgermeister:innen“

INHALT

/34

Land & Stadt zusammen-denken

Über die Gestaltung neuer Ortsteile

FOTO // Gemeinde Illigen/

/56

Die Helferin im Hintergrund

Margit Wennesz-Ehrlich im Porträt

FOTO // privat/Gemeinde Oslip

KOMMUNAL 02/2022

THEMA

WIFO-Prognose: Gemeindefinanzen entwickeln sich positiv 14
Neben der guten Prognose sind zusätzliche Mittel für Gemeinden die besten Nachrichten zum Jahresbeginn

POLITIK & RECHT

Politikvertrauen im Keller. Wirklich? 20
88 Prozent der Menschen halten Demokratie trotz Mankos für die beste Regierungsform

Vertrauenswerte in der Krise gestiegen 22
Zwei Drittel der Österreicher:innen vertrauen ihren Gemeindechefs

Schnelles Internet ist eine Zukunftsinvestition 24
Glasfaser und 5G-Ausbau

Acht Millionen fürs Flächenrecycling 26
Novelle des Umweltförderungsgesetzes bringt neue Förderungen

Whistleblower: Edward Snowden & die Gemeinden 28
Gegen Korruption, Datenmissbrauch und Strafrechtsverletzungen

„European Way of Life" im Mittelpunkt 30
Konferenz zur Zukunft Europas

GESTALTEN & ARBEITEN

„Wer kein Risiko eingeht, erzeugt keinen Fortschritt" 42
Interview mit Bürgermeister Armin König, Illingen im Saarland

Weniger Risiko durch externe Spezialisten 48
Wie Zinslasten und Haftungsrisiken deutlich minimiert werden

Von schlaflosen Nächten zu erfüllten Träumen 50
Was Sie bei Europas größtem Event für nachhaltige Kommunen erwartet

Regenwasser im Tunnel. Wollen wir das? 52
Was man gegen Regenwasser in Tunneln und Unterführungen tun kann

LAND & LEUTE

Baukulturgemeinde 2021: Mödling 60
Historisches bewahren und Neues bedachtsam entwickeln ist die Devise

Bewegter durch die Krise 62
Neues über das Mobilitätsverhalten der österreichischen Bevölkerung

Termine / Personalia 64

Offenlegung 66

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus 32
Arge Qualitätsgruppe Wärmedämmsysteme 46
Gesundheit Österreich GmbH 11
Natur im Garten Service GmbH 44

KOMMENTAR

SIND DIE GEMEINDEFINANZEN **IN DER KRISE?**

Die Pandemie zog in neuerer Zeit noch nicht gesehene Folgen für unser aller Leben und enorme Belastungen für unsere Gesundheitssysteme nach sich. Die gesundheitlichen Auswirkungen hatten natürlich enorme Folgewirkungen für den globalen Handel und damit auch für die österreichische Wirtschaft. Ein Wirtschaftseinbruch noch stärker als in der Finanzkrise 2008 war die Folge. Nachdem die Einnahmen eines Staates über die eingehobenen Steuern mit der Wirtschaftsleistung korrelieren, hat der Einbruch der Wirtschaft zu enormen Einbrüchen der Steuereinnahmen der Gemeinden geführt. Und das alles nach einem außerordentlich erfolgreichen Jahr 2019. Schon ist vergessen, dass 2019 der Bund einen Haushaltsüberschuss erzielen konnte. Auch der Schuldenstand auf Bundesebene und Länderebene konnte reduziert werden. Dies ist zwar für die Gemeinden nicht gelungen, aber auch für die Gemeindeebene war die Steigerung der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer deutlich zu spüren. Zum damaligen Zeitpunkt blickte man optimistisch in die Zukunft und keiner hat sich über die gestiegenen Einnahmen beschwert. Die Gemeinden haben genauso profitiert wie der Bund und die Länder – Folge des Finanzverbundes, geregelt im Finanzausgleich.

Diese Erwartungen wurden durch die Pandemie obsolet. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung, Lockdowns und Einschränkungen vieler Art haben rasch zu einem dramatischen Abfall der Einnahmen geführt. Binnen Monaten sind wir von einem Wachstumskurs in eine veritable Krise gestürzt. Ein starker Einbruch der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer war die Folge. Gleichzeitig sind Ausgaben im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung erwachsen, die so gar nicht vorgesehen waren.

> „Der Bund ist mit umfassenden Unterstützungsleistungen eingesprungen. Großzügig und rasch wurden die verschiedensten Hilfspakete geschnürt. **Retrospektiv betrachtet eine der besten staatlichen Unterstützungsleistungen europaweit.“**

Der Bund ist mit umfassenden Unterstützungsleistungen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer eingesprungen. Großzügig und rasch wurden die verschiedensten Hilfspakete geschnürt. Retrospektiv betrachtet eine der besten staatlichen Unterstützungsleistungen europaweit. Auch für Gemeinden wurde mit dem Kommunalen Investitionsgesetz 2020 eine Milliarde Euro für Investitionen im kommunalen Bereich zur Verfügung gestellt. Bisher sind schon mehr als 800 Millionen Euro abgerufen und damit Investitionen von mehr als 3,1 Milliarden Euro auf den Weg gebracht worden. Damit wurde die Konjunktur zum damaligen Zeitpunkt belebt und wichtige Investitionen der Gemeinden wurden ermöglicht. Der Betrieb in den Gemeinden konnte überall aufrechterhalten bleiben. Der wichtige Bereich der Daseinsvorsorge, der überwiegend gebührenfinanziert ist, war durch den Einbruch der Ertragsanteile ja überhaupt nicht betroffen, da es durch die Unterstützung der Wirtschaft und der Privaten zu keinen Ausfällen bei den Gebührenzahlungen gekommen ist. Am stärksten von den Einbrüchen waren jene Gemeinden betroffen, deren Einnahmen sich hauptsächlich aus den Ertragsanteilen ergeben. Hier musste durch Verschieben von Investitionen und Beschränken auf die unbedingt erforderlichen Maßnahmen der neuen Finanzsituation Rechnung getragen werden. Natürlich waren jene Gemeinden, die auch über Kommunalsteuereinnahmen verfügen, von Ausfällen stärker betroffen, diese jedoch durchaus unterschiedlich. Es ist klar, dass Einnahmenverluste für jeden schmerzhaft sind. Zu berücksichtigen gilt jedoch, dass viele Gemeinden ausschließlich

Feedback, Anmerkungen oder Kommentare bitte an **leserbriefe@kommunal at**

WENN VON MANCHEN NOCH IMMER VERLANGT WIRD, DASS DIE ERHALTENEN VORSCHÜSSE NICHT RÜCKGEZAHLT WERDEN MÜSSEN, **SO HABEN SIE DIE BESTEHENDE RECHTSLAGE NOCH NICHT RICHTIG WAHRGENOMMEN.“**

von den Ertragsanteilen leben und über diese Mehreinkünfte durch die Kommunalsteuer von vornherein nicht verfügen und trotzdem ihre Leistungen erbringen müssen. Mit dem Kommunalen Investitionsgesetz 2020 wurde jedenfalls ermöglicht, die schon 2019 geplanten Investitionen umzusetzen und damit auch die lokale Wirtschaft zu unterstützen.

2020 waren die Prognosen noch sehr düster. Gedacht war, dass sich die Krise länger hinziehen würde und eine Erholung erst 2023 oder 2024 eintreten würde. Da ist es gelungen, mit dem zweiten Gemeindepaket eine beträchtliche finanzielle Unterstützung für die Gemeinden zu erreichen. 100 Millionen Euro für besonders strukturschwache Gemeinden und 400 Millionen Euro, die wegen zu hoher Vorschüsse zurückgezahlt hätten werden müssen, wurden den Gemeinden erlassen. Darüber hinaus eine weitere Milliarde durch sogenannte Sondervorschüsse im Jahr 2021. Zusätzliches frisches Geld ohne Zweckwidmung und mit einer automatischen Auszahlung. Damit wurde in einer pragmatischen Form die Forderung nach Zugang zu einer OeBFA-Finanzierung erfüllt. Zwar von manchen als Hilflosen-Paket bezeichnet, bewirkten diese Mittel im Jahr 2021 ein beträchtliches Ansteigen der Ertragsanteile. Der Wermutstropfen, dass diese Sondervorschüsse auch zurückgezahlt werden mussten, soll nicht verschwiegen werden. Aber auch OeBFA-Mittel müssten zurückgezahlt werden – nur zur Erinnerung. Das rasche und unvorhergesehene Erholen der Konjunktur Mitte 2021 und damit das Steigen der Steuereinnahmen und auch der Ertragsanteile der Gemeinden bewirkten, dass diese Sondervorschüsse nicht zur Gänze ausgezahlt werden mussten und dass es schon gelungen ist, im November und Dezember 2021 mit der Rückzahlung der erhaltenen Vorschüsse zu beginnen. Jetzt wurde vereinbart, dass den Gemeinden die noch ausständigen 275 Millionen Euro an Rückzahlungen erlassen werden, sodass die erhaltenen Vorschüsse schon zur Gänze zurückbezahlt sind. Wenn von manchen noch immer verlangt wird, dass die erhaltenen Vorschüsse nicht rückgezahlt werden müssen, so haben sie die bestehende Rechtslage noch nicht richtig wahrgenommen. Damit haben die Gemeinden in den vergangenen zwei Jahren knapp 1,8 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln erhalten, die direkt in die wichtigen Aufgaben und die Erhaltung der Infrastruktur der Gemeinden fließen. Nicht unerwähnt bleiben sollen auch noch die circa 400 Millionen Euro, die von den Ländern den Gemeinden zur Bewältigung der Krise zur Verfügung gestellt wurden.

Und gerade aktuell wurden von der Bundesregierung weitere Unterstützungsmaßnahmen angekündigt: 75 Millionen Euro für kommunale Impfkampagnen, die jeder Gemeinde zugutekommen, und kommunale Impfprämien, wenn im laufenden Jahr in der Gemeinde bestimmte Impfquoten erreicht werden. Im Rahmen eines Zweckzuschussgesetzes erhalten die Gemeinden entsprechend dem Schlüssel des KIG 2020 für Investitionen in der Gemeinde bei Erreichung einer Durchimpfungsrate von 80, 85 oder 90 Prozent eine entsprechende Prämie. Würden alle Gemeinden die Ziele erreichen, so würden damit nochmals rund 600 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

So schwierig die Situation krisenbedingt für die Gemeinden war, so kann man zusammenfassend doch festhalten, dass durch die Unterstützungsleistungen des Bundes und der Länder die Folgen weitgehend abgefedert wurden. Dass damit keine neuen Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung und Pflege finanziert werden können, liegt auf der Hand. Dies ist jedoch ein anderes Thema. Jedenfalls hat sich gezeigt, dass mit dem Finanzausgleich und den zusätzlichen Instrumenten die Gemeinden gut durch die Krise gekommen sind.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

THEMA

Im Osten Österreichs sorgt das Thema „Parkpickerl" für Aufregung. Die Wiener Umlandgemeinden wollen verhindern, dass ab März „Pickerl-Flüchtlinge" aus Wien über die Landesgrenzen ausweichen, um hier ihre Fahrzeuge kostenlos abstellen zu können.

„In den an Wien angrenzenden Siedlungen dürfen **Fahrzeuge maximal eineinhalb Stunden abgestellt werden.** Anrainer erhalten Ausnahmegenehmigungen."

Hannes Koza,
Bürgermeister von Vösendorf

„Wir wollen zuerst **abwarten, welche Auswirkungen das Wiener Parkpickerl** ab März hat."

Andreas Linhart, Bürgermeister von Brunn am Gebirge

„Nach einem Jahr gibt es eine Evaluierung, um zu sehen, **ob wir etwas anpassen müssen.**"

Andrea Kö,
Bürgermeisterin von Perchtoldsdorf

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

BELGIEN // Brüssel und die Gemächlichkeit

Der Verkehr ist in jeder Stadt ein eigener Mikrokosmos. Während er in Wien im Großen und Ganzen fließt, stockt er in Brüssel permanent.

Das Durcheinander wird seit 1. Jänner 2021 gebremst, seither gilt in der ganzen Stadt mit wenigen Ausnahme Tempo 30. Laut einer vorläufigen Bilanz der Stadt hat sich seit Einführung von Tempo 30 die Zahl der Unfälle insgesamt um rund ein Fünftel reduziert.

Dazu gebe es noch willkommene Nebenwirkungen: So habe – je nach Bodenbelag – der verkehrsbedingte Lärm in einigen Bezirken stark abgenommen.

orf.at/stories/3234068/

LONDON // Bürgermeister will Autoverkehr drastisch verringern

Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, will die in der britischen Hauptstadt mit dem Auto gefahrenen Kilometer bis zum Jahr 2030 um mehr als ein Viertel reduzieren. Das ist Teil eines Plans, mit dem der Labour-Politiker die Stadt bis 2030 klimaneutral machen will.

Khan rief die britische Regierung auf, London dabei finanziell zu unterstützen – insbesondere bei der Verkehrswende. Die riesige Aufgabe könne die Stadt nicht alleine bewältigen.

Außerdem sollen die Niedrigemissionszonen, in die bestimmte Fahrzeuge nicht fahren dürfen oder für die Gebühren anfallen, ausgeweitet werden.

Eine Analyse im Auftrag der Stadt rechnet vor, was alles zum Erreichen des Klimaziels notwendig ist. Auch die Dämmung von Häusern, die in Großbritannien oft schlecht isoliert sind, spielt dabei eine große Rolle.

Als neu gewählter Vorsitzender der Initiative C40, in der internationale Städte im Kampf gegen die Klimakrise zusammenarbeiten wollen, bezeichnete Khan Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als „Macher", während er nationalen Regierungen Verzögerung vorwarf.

orf.at/stories/3244016/
www.c40.org

SIZILIEN // Bürgermeister erkämpft mit Hungerstreik Ende der 2-G-Pflicht

Aus Protest über 2G auf Fährverbindungen zwischen Sizilien und dem italienischen Festland trat der Bürgermeister der sizilianischen Stadt Messina, Cateno De Luca, in einem Zelt am Fährhafen in den Hungerstreik. Er war nicht die einzige kritische Stimme. Der wachsende Protest gegen die Mitte Jänner eingeführte 2G-Pflicht an Bord von Fähren, die Sizilien mit dem italienischen Festland verbinden, hat schnell Wirkung gezeigt. Der Präsident der Region Sizilien, Nello Musumeci, hob nur Tage später per Verordnung die 2G-Pflicht für Fähren auf. Auch Ungeimpfte können nun mit einem negativen Coronatest an Bord der Fähren gehen, welche die Mittelmeerinsel Sizilien mit dem Festland und mit kleineren Inseln verbinden. De Luca sagte, er sei nicht gegen die Corona-Restriktionen der Regierung und auch kein Impfgegner, jedoch müsse „das Recht der Sizilianer, das italienische Festland zu erreichen, gewährleistet bleiben".

diepresse.com

FOTO // Gianluca Lo Nostro / wikimedia

RUMÄNIEN //

RECHTSEXTREME RANDALE GEGEN DEUTSCHEN BÜRGERMEISTER

Die westrumänische Stadt Temeswar Mitte Jänner: Im Stadtzentrum haben sich Dutzende Anhänger der nationalistisch-rechtsextremen Partei Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR) versammelt, die im Parlament mit knapp zehn Prozent vertreten ist. Außerdem anwesend: Mitglieder der berüchtigten rumänischen Neonazi-Gruppierung Neue Rechte. Mit dabei AUR-Vorsitzender George Simion. Er hetzt gegen den deutschstämmigen Bürgermeister von Temeswar, Dominic Fritz, der 2020 als erster Kommunalpolitiker mit ausländischer Staatsbürgerschaft zum Oberhaupt einer rumänischen Stadt gewählt wurde. Das Land brauche solche „dahergelaufenen Ausländer" nicht, ruft Simion und kündigt die Gründung einer „Anti-Fritz-Liga" an.

https://www.dw.com

SEMINARPROGRAMM FÜR BÜRGERMEISTER:INNEN UND AMTSLEITER:INNEN 2022

„GUT GEHT'S"

Als Bürgermeister:in oder Amtsleiter:in stehen Sie in einem besonderen Spannungsfeld zwischen der Politik, den Bedürfnissen der Bevölkerung und Ihren eigenen Bedürfnissen.

Um ihre Selbststärkung sowie gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde zu unterstützen, bietet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund das Seminarprogramm „Gut geht's" für kommunale Führungskräfte an.

„Vom richtigen Zeitpunkt!" Ein Leben und Arbeiten im Dauerkrisenmodus zehrt an den körperlichen und mentalen Kräften. Erleben und erlernen Sie verschiedene Methoden der Entspannung in Theorie und Praxis, denn Bewegung und Erholung sind wesentliche Faktoren, um sich gesund und vital zu fühlen.

„Gemeinsam für ein gesundes Klima." Was können Gemeinden/Städte konkret und effektiv zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen? Nützen Sie die Kraft der Gruppe und der professionellen Betreuung, um gemeinsam Projekte zu Gesundheit und Umwelt zu entwerfen.

„Chefsache". Erleben Sie praxisnah die Qualitäten von gesunder Führung, lernen Sie gesundheitsrelevante Entwicklungen im „Unternehmen Gemeinde" kennen, erfahren Sie mehr zu gesundheitsfördernden Führungsansätzen und probieren Sie mithilfe von Outdoor-Methoden Ihr Führungs-Know-how vor Ort aus.

„Anerkennung? Wirkt!" Sie fühlen sich auch dafür verantwortlich, dass Ihre Bürger:innen und Mitarbeiter:innen „daheim" sind? Doch wie ist das umsetzbar? Es geht darum, sich Zeit zu nehmen für das „soziale Wesen Mensch", und um die Themen „Anerkennung", „Wertschätzung" und „Zugehörigkeit".

DIE SEMINARE IM ÜBERBLICK

SEMINAR	TERMIN
„Vom richtigen Zeitpunkt"	**07.-09.04.2022**
„Gemeinsam für ein gesundes Klima"	**09.-11.06.2022**
„Chefsache"	**20.-22.10.2022**
„Anerkennung? Wirkt!"	**17.-19.11.2022**

Infos & Anmeldung:
Ing. Petra Gajar
Fonds Gesundes Österreich
petra.gajar@goeg.at
www.fgoe.org

Fonds Gesundes Österreich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GEMEINDEFINANZEN
Finanzlage entwickelt sich besser als erwartet, die Regierung setzt nun weitere Akzente

MEHR GELD FÜR ÖSTERREICHS GEMEINDEN

FOTO // ©PhotoSG - stock.adobe.com/

Schlag auf Schlag ging es Mitte Jänner für die Gemeindefinanzen. Und es waren durchwegs gute Nachrichten! Zum einen prognostizierte das WIFO am 18. Jänner für heuer eine positive Entwicklung der Gemeindefinanzen, zum anderen verkündete die Bundesregierung am 19. Jänner, den Gemeinden mit weiteren 275 Millionen Euro zu erlassen. Und am 20. Jänner gab es dann noch einmal 75 Millionen Euro für eine Impfkampagne und noch viel mehr für Impfprämien. Aber der Reihe nach.

TEXT // HANS BRAUN

Der erste Schlag: Im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) einen Rückblick auf das Jahr 2020 sowie eine Vorschau auf die Entwicklung der Budgetsituation der österreichischen Gemeinden erstellt. Seit mittlerweile zwei Jahren ist die wirtschaftliche Entwicklung durch die Covid-19-Pandemie geprägt. Dabei waren auch die Gemeinden 2020 durch sinkende Einnahmen vor allem bei Ertragsanteilen und eigenen Abgaben wie der Kommunalsteuer sowie durch Mehrausgaben etwa durch Baukostenüberschreitungen, Hygienemaßnahmen oder Überstunden belastet.

„Trotz des weltweiten Wirtschaftseinbruchs, Kurzarbeit, hoher Arbeitslosigkeit und mehrerer Lockdowns haben die Gemeinden auch in den Krisenjahren ihr Bestes gegeben, um die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge zu sichern und gleichzeitig in die Zukunft zu investieren. Die Gemeinden haben deutlich gezeigt, wie wichtig sie im gesamtwirtschaftlichen Gefüge sind. Als regionale Konjunkturmotoren haben sie auch im Jahr 2020 insgesamt 3,14 Milliarden Euro in den Regionen investiert und damit die lokale Wirtschaft und Zigtausende Arbeitsplätze gefördert“, erläutert Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl.

Blick zurück auf das Jahr 2020. Einige interessante Kennzahlen: Gemäß den Rechnungsabschlüssen (Finanzierungshaushalt) erzielten die Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2020 Gesamteinnahmen von 21,46 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2020 beliefen sich auf 21,34 Milliarden Euro. Mit einem Wachstum von +5,8 Prozent gegenüber 2019 sind die Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit 2020 um 172 Millionen auf 3,14 Milliarden Euro (ohne Wien) angestiegen. Zur Entwicklung der Schulden ist anzumerken, dass aufgrund der Einnahmeneinbrüche im Jahr 2020 die Gemeinden viel stärker als gewollt auf Fremdfinanzierung zurückgreifen mussten, wodurch sich auch die Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien) auf rund 12,85 Milliarden Euro erhöhten. Mit fast 81.000 Beschäftigten (=Vollzeitäquivalente) wird auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden als Arbeitgeber deutlich sichtbar. Im Durchschnitt beschäftigen die Gemeinden 11,6 Vollzeitäquivalente je 1.000 Einwohner.

Konjunkturelle Entwicklung 2021 bis 2023. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Corona-Pandemie verursachte ab dem Frühjahr 2020 beträchtlichen fiskalischen Stress. Nach dem Wachstumseinbruch von –6,7 Prozent im ersten Krisenjahr und einem realen BIP-Wachstum von +4,1 Prozent 2021 wird für das Gesamtjahr 2022 ein kräftiges Wirtschaftswachstum in Höhe von +5,2 Prozent erwartet. Im Jahr 2023 sollte Österreichs Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken (+2,5 Prozent). „Für die Gemeindefinanzen ist die prognostizierte Entwicklung der gemeinschaftlichen »

Bundesabgaben von zentraler Bedeutung. Für das Steueraufkommen spielt einerseits die erwartete Konjunkturerholung eine wichtige Rolle. Eine günstige Beschäftigungs- und Lohnentwicklung wirkt sich insbesondere positiv auf die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und auch der gemeindeeigenen Kommunalsteuer aus", erklärt WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr.

Ertragsanteile und Kommunalsteuer. Im Jahr 2021 ist bei den Gemeindeertragsanteilen ein Einnahmen-Plus zu verzeichnen, das die Verluste aus 2020 in Summe wieder ausgleichen kann. Für 2022 lässt die Simulation auf Basis der WIFO-Steuerprognose trotz der Lohn- und Einkommensteuerentlastungen durch die ökosoziale Steuerreform ein Ertragsanteilswachstum von +6,8 Prozent erwarten, das im Folgejahr 2023 leicht auf +4,8 Prozent abnehmen dürfte. „Für die Gemeinden bringt die ökosoziale Steuerreform zunächst Einnahmenausfälle von kumulativ 600 Millionen Euro in den Jahren 2022 und 2023. Dank der günstigen Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung ist diese Belastung weniger schmerzhaft", so Felbermayr.

In der Covid-Krise wurde ein beträchtlicher Teil der Löhne aus Corona-Kurzarbeitsbeihilfen bezahlt, von denen keine Kommunalsteuer zu entrichten ist, sodass es 2020 zu einem Einbruch bei dieser Einnahme gekommen ist. Für

In den Übersichten werden die Ergebnisse für die gekürzten Gemeindeertragsanteile, d.h. ohne Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel iHv 12,8 %, dargestellt. Die Schätzung folgt der Berechnungsmethode des BMF für die gemeindeweisen Ertragsanteile – unter Berücksichtigung der in der Krise beschlossenen Sonderregelungen. Dabei handelt es sich um die Ertragsanteile für das Jahr und nicht um die (in anderen Veröffentlichungen oftmals referierten) kassenmäßigen Ertragsanteile im Jahr.

ENTWICKLUNG DER **GEKÜRZTEN GEMEINDEERTRAGSANTEILE NACH BUNDESLÄNDERN, 2018 BIS 2023**
Ohne Wien

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	In Mio. €						Veränderung gegen Vorjahr in %				
Burgenland	232,0	239,9	223,1	240,6	256,7	268,9	3,4	-7,0	7,8	6,7	4,7
Kärnten	549,6	567,7	531,1	567,7	606,3	635,9	3,3	-6,4	6,9	6,8	4,9
Niederösterreich	1 500,3	1 551,0	1 448,6	1 567,7	1 672,0	1 752,4	3,4	-6,6	8,2	6,7	4,8
Oberösterreich	1 421,1	1 480,5	1 384,9	1 488,5	1 590,6	1 666,7	4,2	-6,5	7,5	6,9	4,8
Salzburg	625,6	654,0	615,2	663,6	709,5	744,2	4,5	-5,9	7,9	6,9	4,9
Steiermark	1 152,0	1 199,0	1 114,5	1 201,4	1 281,4	1 341,5	4,1	-7,0	7,8	6,7	4,7
Tirol	804,5	841,0	788,3	853,3	911,5	955,6	4,5	-6,3	8,2	6,8	4,8
Vorarlberg	435,1	458,1	429,1	466,9	499,2	523,0	5,3	-6,3	8,8	6,9	4,8
Summe	**6 720,3**	**6 991,2**	**6 534,8**	**7 049,7**	**7 527,3**	**7 888,2**	**4,0**	**-6,5**	**7,9**	**6,8**	**4,8**

QUELLE // Wifo „Blick auf die Gemeindefinanzen 2020-2023"

Q: WIFO-Berechnungen. 12,8 % Gemeinde-BZ-Mittel nicht inkludiert (gekürzte Ertragsanteile). Unterschiede im Jahr 2020 zu Rechnungsabschlüssen resultieren primär aus der Berücksichtigung der Ertragsanteilsaufstockung für 2020 in Höhe von 400 Mio. €, die erst 2021 zur Auszahlung kam.

FOTO // BKA / Florian Schrötter

Am 19. Jänner informierten Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, Vizekanzler Werner Kogler, Bundeskanzler Karl Nehammer, Finanzminister Magnus Brunner und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl die Öffentlichkeit über die 275 Millionen Euro, die die Gemeinden nun nicht zurückzahlen müssen.

2021 wird mit einem Anstieg der Kommunalsteuereinnahmen um +7,1 Prozent gerechnet. Das prognostizierte starke Lohn- und Beschäftigungswachstum wird 2022 und 2023 zu weiteren kräftigen Zuwächsen von +6,7 Prozent und +5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr führen. Im Jahr 2023 könnte das gesamte bundesweite Kommunalsteueraufkommen insgesamt bereits vier Milliarden Euro erreichen. Für die Gemeinden (ohne Wien), deren Anteil bei rund 74,3 Prozent des gesamten Kommunalsteueraufkommens liegt, wäre daher 2022 ein Aufkommen von fast drei Milliarden Euro zu erwarten.

Steuerreform 2022/2024. Die Erwartungen über die budgetäre Situation der Gemeinden in den Jahren 2021 bis 2023 sind einerseits von der prognostizierten positiven konjunkturellen Entwicklung bestimmt. Andererseits wird die Einnahmendynamik der gemeinschaftlichen Bundesabgaben ab 2022 durch die Beschlüsse zur ökosozialen Steuerreform gebremst. Die für 2022 und 2023 erwarteten Einnahmenausfälle bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer belaufen sich auf insgesamt rund 5,05 Milliarden Euro. Die Gemeinden insgesamt (inklusive Wien) tragen von den Mindereinnahmen einen Anteil von rund 12 Prozent mit – das sind kumuliert ca. 600 Millionen Euro.

„Der Blick in die Zukunft der Gemeindefinanzen stimmt uns grundsätzlich positiv. Klar ist »

ENTWICKLUNG DER **GEKÜRZTEN GEMEINDEERTRAGSANTEILE PRO KOPF NACH GEMEINDEGRÖSSENKLASSEN, 2018 BIS 2023**
Ohne Wien

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2019	2020	2021	2022	2023
	In €/Einwohner:in						Veränderung gegen Vorjahr in %				
bis 500	946,6	973,7	906,6	973,5	1 030,3	1 073,5	2,9	-6,9	7,4	5,8	4,2
501 bis 1.000	889,5	918,1	852,6	917,1	974,0	1 016,8	3,2	-7,1	7,6	6,2	4,4
1.001 bis 2.500	854,5	883,9	821,1	880,4	937,1	980,2	3,4	-7,1	7,2	6,4	4,6
2.501 bis 5.000	865,1	895,3	830,1	894,1	951,5	995,1	3,5	-7,3	7,7	6,4	4,6
5.001 bis 10.000	855,7	887,7	822,4	887,8	946,5	991,1	3,7	-7,4	8,0	6,6	4,7
10.001 bis 20.000	994,0	1 033,8	966,1	1 025,2	1 098,5	1 153,9	4,0	-6,5	6,1	7,1	5,0
20.001 bis 50.000	1 206,3	1 253,3	1 171,7	1 211,8	1 299,1	1 364,6	3,9	-6,5	3,4	7,2	5,0
50.001 bis 500.000	1 342,1	1 393,1	1 301,1	1 386,7	1 487,4	1 562,8	3,8	-6,6	6,6	7,3	5,1

Q: BMF (bis 2020), ab 2021: WIFO-Berechnungen. Ohne 12,8% Gemeinde-BZ-Mittel (gekürzte Ertragsanteile)

Die Gemeindefinanzen bieten ein solides Bild. Überhaupt war es eine positive Überraschung, wie gut die Gemeinden durch die Krise gekommen sind."

Gabriel Felbermayr, WIFO-Direktor

LINK ZUR WIFO-PROGNOSE

Den vollständigen „Blick auf die Gemeindefinanzen 2020 bis 2023" finden Sie auf

www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?rel=de&content-id=1487278189573&j-cc-node=news&j-cc-id=1639685519567

aber, dass einige anstehende Themen, wie etwa der Ausbau der Kinderbetreuung, die Pflegereform, die Klima- und Energiewende sowie der Glasfaserausbau finanziell durchaus herausfordernd für die Gemeinden werden", schließt Riedl.

Bisher zwei wichtige Hilfspakete vom Bund. Einen Tag später kam der zweite Schlag: Die Gemeinden hatten vom Bund während der Krise zwei Hilfspakete bekommen. Zuerst Mitte 2020 das kommunale Investitionspaket (KIG) in Höhe von einer Milliarde Euro, wovon schon mehr als 800 Millionen Euro ausbezahlt wurden. Zum Jahreswechsel 2020/21 wurde zwischen Gemeindebund und Regierung das zweite Hilfspaket in Höhe von insgesamt 1,5 Milliarden Euro paktiert: 100 Millionen Euro direkte Hilfe für strukturschwache Gemeinden, 400 Millionen Euro Sonder-Ertragsanteile für alle und eine Milliarde Euro an rückzahlbaren Sonder-Vorschüssen, damit die Gemeinden Monat für Monat die Aufgaben auch finanzieren können. Damals wurde mit der Regierung vereinbart, diese eine Milliarde an Vorschüssen bis zum Jahr 2026 Schritt für Schritt zurückzuzahlen. Die wirtschaftliche Erholung im letzten Jahr hat nun aber dafür gesorgt, dass von den Sonder-Vorschüssen nur 500 Millionen Euro ausbezahlt wurden und die Gemeinden bereits im November und Dezember 2021 wieder 225 Millionen Euro zurückgezahlt haben – eben weil die wirtschaftliche Entwicklung ab Mitte 2021 so positiv war.

Regierung überlässt Gemeinden 275 Millionen Euro. In den Wochen über den Jahreswechsel 2021 auf 2022 hat der Gemeindebund mit dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und dem Finanzminister intensiv und auf Augenhöhe verhandelt. Da die 2.093 Gemeinden starke Partner des Bundes und wichtige Motoren für die lokale Wirtschaft sind, hat sich die Bundesregierung auf den Einsatz des Gemeindebundes hin entschlossen, auf die Rückzahlung der 275 Millionen Euro aus dem Vorschuss zu verzichten. Damit bleibt allen Gemeinden mehr am Konto, sozusagen ein Startbonus für ein intensives Jahr 2022. Die 275 Millionen Euro müssen nun nicht mehr zurückgezahlt werden, wodurch nun auch die Ertragsanteile im Jänner spürbar steigen (+24 Prozent im Vergleich zum Jänner 2021).

Mit dem Verzicht auf die Rückzahlung haben die österreichischen Gemeinden damit in den letzten beiden Jahren vom Bund insgesamt 1,775 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln erhalten. Rechnet man noch die Zahlungen der Bundesländer von rund 400 Millionen Euro dazu, so konnten die Gemeinden die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie mit fast 2,2 Milliarden Euro an frischen Mitteln sehr gut abdecken.

Der dritte Schlag war die „Kommunale Impfkampagne". Am 20. Jänner kam aus dem Bundeskanzleramt die Information, dass es eine „kommunale Impfkampagne" geben wird. Nach dem aus dem Kommunalinvestitionsgesetz (KIG) 2020 bekannten Verteilungsschlüssel (50 Prozent Volkszahl, 50 Prozent aBS) sollen 75 Millionen Euro an alle Gemeinden verteilt werden – jene Kommunen, wo der Impffortschritt noch niedrig ist, sollen durch diese Zweckzuschüsse einen Anreiz für die Umsetzung lokaler Maßnahmen erhalten. Auch wenn es sich um einen Zweckzuschuss handelt, drängt der Gemeindebund darauf, dass hier keine Vorgaben gemacht werden, sondern die Entscheidung, welche Maßnahmen mit diesen Zweckzuschuss-Mitteln gesetzt werden, den Gemeinden obliegt. Zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe lagen noch keine weiteren Spezifikationen vor, es ist aber zu erwarten, dass die Erläuterungen eines diesbezüglichen Gesetzesentwurfs das eine oder andere Beispiel für Anreize der Gemeinden für ihre Bürger (Gutscheine, Lotterie, Impfaktion mit „Gratifikation", Schalten von Inseraten in lokalen Zeitungen etc.) zeigen werden.

BEISPIEL

Eine Gemeinde erhielt 100.000 Euro aus dem KIG 2020

(näherungsweise Lösung):

1 Diese Gemeinde erhält **RUND 7.500 EURO** aus dem Titel „Kommunale Impfkampagne". Mittel für eine kommunale Impfkampagne gehen an alle Gemeinden unabhängig der jeweiligen Durchimpfungsrate (Anteil der Gemeindebürger ab fünf Jahre mit aktivem Impfzertifikat)

2 Bei Erreichen der **80 PROZENT** erhält die Gemeinde (wann, wird zu klären sein) rund 7.500 Euro als „Kommunale Impfprämie". Der einfache Basisbetrag entspricht näherungsweise 7,5 Prozent des Anteils der Gemeinde am Kommunalen Investitionsprogramm 2020.

3 Bei Erreichen der **85 PROZENT** erhält diese Gemeinde weitere rund 15.000 Euro (zusätzlich den doppelten Basisbetrag) als kommunale Impfprämie.

4 Bei Erreichen der **90 PROZENT** erhält die Gemeinde weitere rund 30.000 Euro (zusätzlich den vierfachen Basisbetrag) als kommunale Impfprämie.

In Summe erhält die Gemeinde rund **60.000 Euro** aus diesem Paket der Bundesregierung, falls die **Impfquote von 90 Prozent** bis 31. Dezember 2022 erreicht wird.

Aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes ist klar, dass diese **Zweckzuschüsse die Impfgeschwindigkeit erhöhen sollen,** aber keine Verschiebung von Verantwortung für die Entwicklung der Impfquote hin zur Gemeindeebene darstellen können."

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Darüber hinaus ist aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes klar, dass diese Zweckzuschüsse (parallel zur Impfpflicht ab 18) die Impfgeschwindigkeit erhöhen sollen, aber keine Verschiebung von (politischer) Verantwortung für die Entwicklung der Impfquote hin zur Gemeindeebene darstellen können.

Der Anteil der Gemeinden an diesen 75 Millionen Euro wird näherungsweise 7,5 Prozent des Anteils der Gemeinden an der Gemeindemilliarde (KIG 2020) entsprechen.*

Näherungsweise deshalb, weil bei den KIG-2020-Zweckzuschüssen noch die Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2018 zum Einsatz kam, es aber zu erwarten ist, dass für Impfkampagne und Impfprämie die Einwohnerzahl für das Finanzausgleichsjahr 2022 (Registerzählung zum Stichtag 31. Oktober 2020) zur Anwendung kommen dürfte. Näherungsweise kommt man also mit der Rechnung KIG-2020-Mittel x 0,075 recht gut hin.

Im Rahmen der Impfkampagne wurde auch die „Kommunale Impfprämie" angesprochen. Diese Zweckzuschüsse des Bundes erhalten nur jene Gemeinden, deren Impffortschritt (Anteil der Bevölkerung über fünf Jahre mit aktivem Impfzertifikat) mindestens 80 Prozent erreicht. Ab Erreichen von 85 Prozent gibt es den doppelten Basisbetrag, ab 90 Prozent den vierfachen Basisbetrag (kumulativ).**

Durch die Analogie mit dem KIG 2020 und den Wortlaut „Investitionen in den Gemeinden" dürfte hinsichtlich dieses „erfolgsabhängigen" Zweckzuschusses für die entsprechenden Gemeinden, die diese 80/85/90 Prozent erreichen, von einer sehr breiten Verwendungsmöglichkeit der lukrierten Mittel auszugehen sein.

Wie viel den Bund dieser Zweckzuschuss letztlich kosten wird (es könnten bis zu 525 Millionen Euro sein), wird vom Impffortschritt (dem Erreichen der 80/85/90 Prozent) abhängen, der bis zum Ende der Geltungsdauer der Maßnahmen dieses Pakets (31. Dezember 2022) erzielt wird.

* Die Zahlen der Gemeindemilliarde finden sich unter www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/kommunales-investitionsprogramm.html)

** Unter nachfolgendem Link finden sich Informationen zur aktuellen Durchimpfungsrate der Gemeinden: https://info.gesundheitsministerium.gv.at/impflage

POLITIK & RECHT

BREITBAND
Schnelles Internet ist Zukunftsinvestition
Seite 24

UFG-FÖRDERUNG
Acht Millionen fürs Flächenrecycling
Seite 26

WHISTLEBLOWER
Gegen Korruption und Datenmissbrauch
Seite 28

FOTO // pict rider/Stock.adobe.com

VERTRAUEN IST **DIE EINZIG WAHRE POLITISCHE WÄHRUNG**

„Zwei Drittel der Österreicher vertrauen ihren Bürgermeistern." Diese Kernaussage einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts DEMOX vom Dezember 2021 rückt eine andere Umfrage zurecht und macht wieder eine simple Tatsache deutlich: Die Vertrauenswerte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind gerade in der Krise erneut gestärkt worden. KOMMUNAL hat sich die Ergebnisse im Detail angesehen.

FOTO // ©alphaspirit - stock.adobe.com/

VERTRAUENSWERTE

POLITIKVERTRAUEN **IM KELLER. WIRKLICH?**

Eine SORA-Umfrage hat erschütternde Werte über den Zustand der österreichischen Demokratie gebracht. „Das Vertrauen in die Politik ist im Keller“: So oder so ähnlich lauteten die Schlagzeilen.

TEXT //HANS BRAUN

Das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System ist im letzten Jahr stark gesunken. Im Zusammenhang mit der Inseratenaffäre und dem damit einhergehenden sinkenden politischen Vertrauen sah die Studienautorin und Projektleiterin des „Demokratiemonitors“, Martina Zandonella, auch eine Pauschalisierung. Der Großteil der Menschen vertraut dennoch in die Demokratie – auch wenn diese Mehrheit angesichts großer Demonstrationen derzeit oft übersehen wird.

Das war jedenfalls das Ergebnis der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SORA, das im Rahmen des „Demokratiemonitors“ im Dezember 2021 zum vierten Mal erhoben hat, wie sehr die österreichische Bevölkerung der Demokratie und dem politischen System vertraut.

Erste Ergebnisse sind ernüchternd: Derzeit sind 58 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass das politische System weniger oder gar nicht funktioniert. „Wir haben das Niveau von Rumänien erreicht, also wirklich tief im Keller“, fasste Günther Ogris, Geschäftsführer von SORA, das Ergebnis bei einer Pressekonferenz zusammen.

Demnach ist das Vertrauen in allen Bevölkerungsgruppen gesunken, der Vertrauensverlust fällt im oberen und mittleren Einkommensdrittel der Gesellschaft jedoch stärker aus.

Nach wie vor denken aber 88 Prozent der Menschen in Österreich, dass die Demokratie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist. Dieser Wert ist über die Erhebungsjahre hinweg weitgehend konstant geblieben. „Das demokratische Grundsatzbewusstsein ist nicht so stark zu erschüttern, wie man zuerst annehmen würde“, so Zandonella.

Zu anderen Ergebnissen kam dann ebenfalls im Dezember die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts DEMOX. Dieses fragt seit Jahren in regelmäßigen Abständen die Vertrauenswerte der einzelnen Politikebenen ab. Deren Ergebnisse stützen wiederum die Schlussfolgerung von Zandonella, nachdem die Menschen der Demokratie an sich vertrauen.

Zumindest die lokale Ebene – also die Bürger-

88%

Nach wie vor denken 88 Prozent der Menschen in Österreich, dass die Demokratie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist.

Das böse Zerrbild des Politikers stimmt für die meisten Menschen nicht, schon gar nicht auf Gemeindeebene.

LINK ZUM THEMA

kommunal.at/zwei-drittel-der-oesterreicher-vertrauen-ihren-buergermeistern

meisterinnen und Bürgermeister – erfreut sich demnach eines besonders großen Vertrauensvorschusses: einer der Trends, die anhaltend sind. Die Kernaussagen der DEMOX-Umfrage sind jedenfalls, dass sich auf Gemeindeebene: für 40 Prozent keine Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Corona-Pandemie ergeben hat – für 21 Prozent hat sich der Zusammenhalt sogar verstärkt, lediglich 32 Prozent sind der Ansicht, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt verschlechtert hat.

Auf Bundesebene sieht es anders aus: Zwei Drittel der Befragten meinen, der gesellschaftliche Zusammenhalt auf Bundesebene habe sich verschlechtert. Für 17 Prozent hat sich nichts geändert und für 13 Prozent hat sich der Zusammenhalt verbessert.

Das führt zwingend zur Erkenntnis, dass dort, wo die Menschen einander noch kennen und es gewohnt sind, zusammenzuarbeiten, auch der gesellschaftliche Zusammenhalt spürbar ist. Dies ist die Stärke des ländlichen Raums. Und noch ein paar Ergebnisse:

- Der Trend zu regionalen Produkten und Produzenten ist laut der Befragten ebenfalls enorm gestiegen. Fast drei Viertel meinen, dieser Trend habe sich verstärkt (28 Prozent der Befragten „deutlich verstärkt", 45 Prozent „etwas verstärkt).
- Das Bewusstsein für die eigene Region hat sich während der Krise auch verstärkt, für 38 Prozent „etwas verstärkt" und für 16 Prozent sogar „deutlich verstärkt".
- Der Wunsch nach dem Leben auf dem Land beziehungsweise dem Leben im Grünen ist nach wie vor groß: 56 Prozent sehen einen gestiegenen Wunsch nach dem Leben auf dem Land (30 Prozent meinen „etwas gestiegen", 26 Prozent „deutlich gestiegen").
- Die Anforderungen für Homeoffice haben sich ebenfalls verstärkt, für 29 Prozent „deutlich verstärkt", für 30 Prozent „etwas verstärkt".
- Der Trend zur Digitalisierung ist ebenfalls anhaltend und hat sich für 31 Prozent „deutlich verstärkt", für 41 Prozent „etwas verstärkt".

Neben den Trends wurden von DEMOX auch die Vertrauenswerte der Politik selbst abgefragt. Und hier schneidet die lokale Ebene sehr gut ab. Die Hauptergebnisse lesen Sie auf den folgenden Seiten oder auf der KOMMUNAL-Website, nur so viel: Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher vertrauen ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Oder, wie es Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl formuliert hat: „Die Ergebnisse machen deutlich: Der Trend zur Regionalisierung hat sich in der Krise enorm verstärkt. Die Menschen sehnen sich nach dem Leben auf dem Land, sie kaufen beim Bauern und Bäcker vor Ort ein, sie wählen den Handwerker und Dienstleister vor Ort aus, sie schätzen die kurzen Wege und das Arbeiten von zu Hause. Kurz gesagt: Der ländliche Raum ist in der Krise einfach wieder ein Sehnsuchtsort für die Menschen geworden."

MAG. HANS BRAUN IST CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

UMFRAGE ZEIGT WACHSENDES VERTRAUEN IN BÜRGERMEISTER UND GEMEINDEPOLITIK

„ZWEI DRITTEL VERTRAUEN IHREN BÜRGERMEISTERN“

Eine Umfrage von Demox Research zeigt deutlich, dass zwei Drittel oder 67 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vertrauen.

Die in regelmäßigen Abständen durchgeführte Umfrage zeichnet dabei ein klares Bild: Das Vertrauen in die 2.093 Gemeindeoberhäupter steigt immer weiter. Auch das Vertrauen in die politische Ebene „Gemeinde“ wächst – im Gegensatz zur Bundespolitik. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Kommunen sind weiterhin die stabilen Anker des politischen Vertrauens – wir sind die Manager des guten Zusammenlebens und gerade in herausfordernden Zeiten wesentliche Stabilitätsfaktoren für unsere Demokratie. Seit Beginn der Pandemie steigen die Vertrauenswerte. Das zeigt deutlich, dass wir als Krisenmanager vor Ort von unseren Mitbürgern geschätzt werden“, erläutert Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl die Umfrageergebnisse.

Zu den Umfrageergebnissen im Detail: Die Umfrage wurde von Demox Research im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes im Zeitraum 15. bis 17. Dezember 2021 mit einer Stichprobe von 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Im Dezember 2021 vertrauten insgesamt 67 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern (Anm.: 19 Prozent „voll und ganz“ und 48 Prozent „überwiegend“). Zum Vergleich: Im Februar 2021 lag die Vertrauensrate bei insgesamt 61 Prozent (Anm.: 18 Prozent „voll und ganz“ und 43 Prozent „überwiegend“).

Zu Beginn der Pandemie im April 2020 lag die Rate ebenfalls bei 61 Prozent (Anm.: 22 Prozent „voll und ganz“ und 39 Prozent „überwiegend“). In „Vorkrisenzeiten“, wie etwa im Dezember 2018, lag der Vertrauenswert bei 52 Prozent (6 Prozent „voll und ganz“ und 46 Prozent „überwiegend“). „Die Ergebnisse und der Vergleich mit den Vorjahren zeigen deutlich: Wenn der politische Wind rundherum rauer wird, besinnen sich die Bürgerinnen und Bürger auf die politische Ebene, die vor Ort praktische Lösungen bietet. Vor Ort sehen die Menschen eben, was die Kommunalpolitik für sie umsetzt. Ob Kindergarten, PV-Anlage oder Bürgerbeteiligung: Wo Politik greifbar wird, gibt es auch stabile Vertrauenswerte“, interpretiert Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl das Ergebnis.

Die Umfrage zeigt auch, dass das Vertrauen in die politische Ebene „Gemeinde“ immer weiter wächst: Während im Februar 2021 noch 39 Prozent am meisten der Gemeindepolitik vertraut haben, sind es nun bereits 43 Prozent. Das Vertrauen in die Bundespolitik ist im gleichen Zeitraum von 13 Prozent auf 8 Prozent gesunken. Während man der „allgemeinen Politik“ laut kürzlich veröffentlichtem Demokratiemonitor immer weniger vertraut, zählen für die Menschen lösungsorientierte Ansätze und pragmatische direkte Zugänge vor Ort.

„Die Bürger vertrauen ihren lokalen Politikern, weil sie täglich greifbar und nah dran an den Sorgen der Menschen sind. Die Bürger sehen direkt, wie sich Entscheidungen des Bürgermeisters und des Gemeinderates vor Ort auswirken und wie die Gemeinde dasteht. Sie haben auch klar gesehen, wie ihr Bürgermeister oder ihre Bürgermeisterin in der Krise agiert hat. Die vorliegenden Umfrageergebnisse sind ein starker Vertrauensbeweis für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und auch im Besonderen für alle Bediensteten in der kommunalen Verwaltung, die sich tagtäglich für ihre Mitmenschen einsetzen“, so Riedl abschließend.

> „Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihren lokalen Politikern, weil sie **täglich greifbar und nah dran an den Sorgen der Menschen sind.**“

ÜBER DIE UMFRAGE.

BEFRAGUNGSZEITRAUM: 15.12.–17.12.2021

GRUNDGESAMTHEIT: Österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, online erreichbar

BEFRAGUNGSGEBIET: Österreich

BEFRAGUNGSART: CAWI (Computer Assisted Web Interviews)

STICHPROBE: 1.000 Personen

DURCHFÜHRENDES Institut: Demox Research

RUNDUNGEN: Die Darstellung der Diagramme verfolgt den Ansatz, in Summe jeweils 100 Prozent zu ergeben. Bei rundungsbedingten Abweichungen wurde der Wert „weiß nicht/keine Angabe“ bzw. der höchste Wert der Datenreihe angepasst (entspricht statistischem Usus)

ZEITVERGLEICH: 24.02.–26.02.2021, n=1.000, CAWI

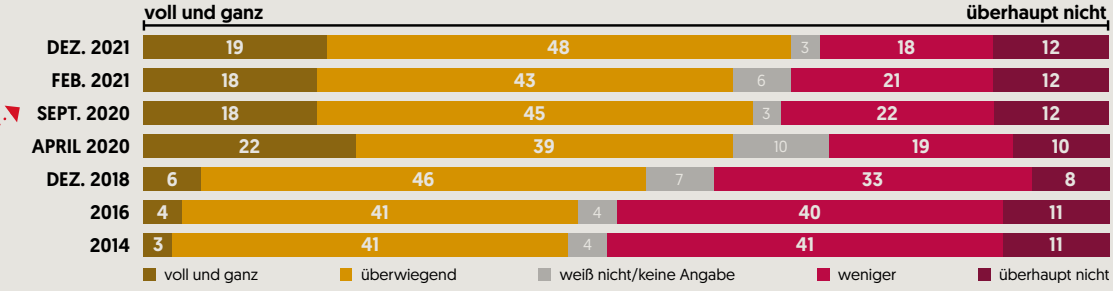
FOTO // feelimage/Matern/

„Wo Politik greifbar wird, gibt es auch stabile Vertrauenswerte."

Alfred Riedl, Gemeindebund-Präsident

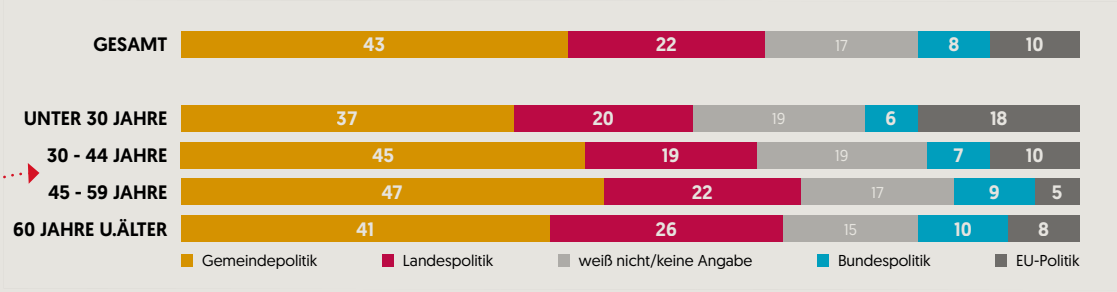
UMFRAGEERGEBNISSE

Im Folgenden sind einige Institutionen angeführt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie persönlich jeder dieser Institutionen vertrauen.



Die Zeitreihe zeigt, dass vor allem in Krisenzeiten die Menschen den Bürgermeister:innen Vertrauen entgegenbringen.

Wenn Sie an die konkreten politischen Ebenen Gemeinde, Bundesland, Bund, Europäische Union denken:
Wem vertrauen Sie hiervon am meisten?



Aufgeteilt nach Altersgruppen zeigt sich, dass vor allem Menschen zwischen 30 und 59 Jahren den Gemeinden vertrauen. Interessant ist, dass die EU vor allem bei unter 30-Jährigen viel Vertrauensvorschuss hat.

3 ERGEBNISSE

DER UMFRAGE SIND BESONDERS AUSSAGEKRÄFTIG UND ZEICHNEN EIN SEHR GUTES BILD VON DER QUALITÄT DER BÜRGERMEISTER UND BÜRGERMEISTERINNEN ALS „KRISENMANAGER DER REPUBLIK":

1 Im Dezember 2021 **vertrauten insgesamt 67 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ihren Bürgermeisterinnen** und Bürgermeistern.
Zum Vergleich: Im Februar 2021 lag die Vertrauensrate bei insgesamt 61 Prozent.

2 In „Vorkrisenzeiten", wie etwa im **Dezember 2018, lag der Vertrauenswert bei 52 Prozent.**

3 Während im Februar 2021 noch 39 Prozent am meisten der Gemeindepolitik vertraut haben, **sind es nun bereits 43 Prozent.** Das Vertrauen in die Bundespolitik ist im gleichen Zeitraum von 13 Prozent auf 8 Prozent gesunken.

GLASFASER UND 5G

SCHNELLES INTERNET IST **EINE ZUKUNFTSINVESTITION**

Glasfaseranschlüsse und 5G sind erforderlich und notwendig, um die durch die Corona-Pandemie verschärften Lebensbedingungen (Homeoffice, Distance-Learning, Online-Shopping etc.) bewältigen zu können. Darüber hinaus sind sie wichtig, um zukünftige Technologien und Services wie Telemedizin oder selbstfahrende Autos nutzen zu können.

TEXT // KRISTINA MANDL

Wichtig für gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land ist, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in ländlichen Regionen ähnliche Lebensbedingungen vorfinden wie jene in der Stadt. Wir sehen die Breitbandinfrastruktur als wesentlichen Teil der Daseinsvorsorge, genau wie Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung und Straßenreinigung. Jede Bürgerin und jeder Bürger – unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf und Wohnort – braucht schnelles Internet, genau so wie Unternehmen, Gemeinden, Bildungs-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen und Tourismusbetriebe.

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister arbeiten täglich intensiv daran, ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Lebensbedingungen in der Gemeinde zu ermöglichen. Als bürgernächste Ebene können sie viel dazu beitragen: Sie kümmern sich um qualitative Kinderbetreuung, sorgen für Straßen- und Winterdienst, versuchen, Arbeitsplätze und Wohnraum in ihrer Gemeinde zu schaffen und nehmen Anliegen, Beschwerden und Wünsche direkt wahr. Der Wunsch nach schnellem Internet wurde – vor allem in ländlichen Gebieten – in letzter Zeit immer lauter und intensiver postuliert, weshalb die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister diesem gerecht werden wollen.

Herausforderungen am Weg zum schnellen Internet. Doch der Weg zum schnellen Internet ist steinig und lang. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen vor rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen und müssen sich über diverse Förderungen informieren. Dazu kommt, dass sie auf viele fachliche und technische Begriffe stoßen, die nicht im allgemeinen Sprachgebrauch vorhanden sind.

> „Jede Bürgerin und jeder Bürger braucht heute schnelles Internet, **genau wie Gemeinden.**“

MAG. KRISTINA MANDL
IST FACHREFERENTIN IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

5G-Gemeindeservice. An dieser Stelle darf erneut auf das 5G-Gemeindeservice verwiesen werden, das die Rundfunk und Telekom Regulierungsbehörde (RTR) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) sowie dem dort angesiedelten Wissenschaftlichen Beirat Funk (WBF) unter der Mitwirkung des Österreichischen Gemeindebundes ins Leben gerufen hat. Es soll Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Unterstützung bieten, um Fragen, Anliegen und Sorgen der Bevölkerung sachlich, wissenschafts- und faktenbasiert abarbeiten zu können.

Häufig gestellte Fragen. Unter **www.rtr.at/5GGemeindeservice** findet man eine Liste von häufig gestellten Fragen (sogenannten FAQs) zu Ausbau und Betrieb einerseits und zu gesundheitlichen Aspekten andererseits und die dazu von Expertinnen und Experten ausgearbeiteten Antworten. Sollten dennoch Fragen unbeantwortet bleiben, gibt es eine eigens für Gemeinden eingerichtete E-Mail-Adresse (**5G-gemeindeservice@rtr.at**), an die man sich wenden kann.

Guter Zeitpunkt für Ausbau. Neben der dringenden Notwendigkeit schnellen Internets für Bevölkerung, Gemeinden, Unternehmen und sonstige Institutionen gibt es einen weiteren

FOTO // ©CSschmuck - stock.adobe.com/

3

MÖGLICHKEITEN FÜR GEMEINDEN. Die Gemeinden haben prinzipiell drei Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Breitbandnetzbetreiber:

1 **Die Gemeinde ist selbst Bauherr** und führt alle notwendigen Arbeiten wie Graben oder Verlegen selbst durch, hat die Baubewilligung, arbeitet auf eigene Rechnung und stellt die Förderanträge selbst.

2 Die Gemeinde ist **selbst Bauherr, wird aber seitens des Breitbandnetzbetreibers unterstützt**. In diesem Fall hat die Gemeinde ebenso die Baubewilligung und führt die Arbeiten auf eigene Rechnung durch, der Breitbandnetzbetreiber stellt und finanziert allerdings die notwendigen Materialien (und verkauft sie an die Gemeinde) und stellt die Förderanträge im Namen der Gemeinde.

3 **Der Breitbandnetzbetreiber tritt als Bauherr auf** und die Gemeinde führt die Arbeiten im Auftrag des Breitbandnetzbetreibers durch, der die Baubewilligung hat, die Materialien bereitstellt und finanziert und die Förderanträge stellt.

Grund, sich jetzt um Breitband- und 5G-Ausbau zu kümmern: Finanzielle Unterstützungen sind mehr als je zuvor möglich. Mitte April hat die österreichische Bundesregierung ein 1,4 Milliarden Euro schweres Breitbandpaket präsentiert, das diesen Betrag bis zum Jahr 2026 in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren möchte. Dies ist unter anderem deshalb möglich, weil die Bundesregierung Geld aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Kernstück von NextGenerationEU (einem Instrument der Europäischen Union, das die EU-Mitgliedstaaten unterstützen soll, coronabedingte Einbußen zu reduzieren und die EU digitaler, krisenfester und nachhaltiger zu machen), für den Breitbandausbau vorgesehen hat.

öGIG bringt Internet in ländliche Regionen. Die öGIG (**www.oegig.at**), die österreichische Glasfaser-Infrastrukturgesellschaft, plant, baut und betreibt FTTH-Glasfasernetze in unterversorgten Gebieten in Österreich, was durch den Einsatz langfristiger Kapitalmittel ermöglicht werden soll. Die öGIG handelt in Absprache mit bereits bestehenden Glasfaser-Landesgesellschaften und den Bundesländern und will bis zum Jahr 2030 eine Million Haushalte an das öGIG-Glasfasernetz anschließen. In einer ersten Phase müssen dazu in Gebieten Bestellungen von Personen gesammelt werden, die dann einen Tarif bei einem Internetanbieter der öGIG beziehen werden. Ist eine Quote von 40 Prozent erreicht, wird mit dem Ausbau des Netzes begonnen.

Digitalisierung. Dass Österreich digitaler wurde beziehungsweise viel dafür unternommen wurde und noch weiterhin wird, um dieses Ziel zu erreichen, ist wohl einer der wenigen positiven Aspekte der Corona-Krise. Hoffentlich schaffen es neue Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten (aus öffentlicher und privater Hand), neue gesetzliche Rahmenbedingungen (wie eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes) und sonstige begrüßenswerten Initiativen der zuständigen Behörden und Mobilfunkbetreiber, die Kluft zwischen Stadt und Land bald zu schließen und für alle Bürgerinnen und Bürger Österreichs schnelles Internet zu ermöglichen.

FOTO // ©Photogrevy - stock.adobe.com/

NEUE FÖRDERSCHIENE FÜR FLÄCHENRECYCLING

ACHT MILLIONEN **FÜR FLÄCHENRECYCLING**

Das Klimaschutzministerium arbeitet derzeit an einer Novellierung des Umweltförderungsgesetzes (UFG). Neu ist die Förderung von Projekten zur Revitalisierung von brachliegenden Flächen in Ortskernen.

TEXT // MATHIAS PICHLER

Der Österreichischen Gemeindebund konnte im Rahmen des Begutachtungsverfahrens bereits einen ersten Blick auf das Gesetzesvorhaben werfen.

Die Europäische Union stellte mit der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) 672,5 Milliarden Euro an nichtrückzahlbaren Zuschüssen für Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten zur Überwindung der covidbedingten Wirtschaftskrise bereit. Österreich stehen davon knapp 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Für die Inanspruchnahme der ARF-Mittel hatte Österreich den Österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (ÖARP) zu erstellen, der letztes Jahr von der Europäischen Kommission genehmigt wurde. Der ÖARP enthält wichtige umwelt- und klimapolitische Vorhaben. Beispielsweise sind Kreislaufwirtschaftsprojekte wie Sortieranlagen für Kunststoffverpackungen, Investitionen im Zusammenhang mit der Wiederverwendung von Getränkeverpackungen wie Leergutrücknahmeautomaten, Maßnahmen zur Eindämmung des Bodenverbrauchs sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität zu nennen.

Mit der nunmehrigen Novelle werden diese im ÖARP festgelegten Maßnahmen im UFG verankert. Die im Aufbau- und Resilienzplan genannten Förderungen sollen über die Umweltförderung im Inland, über den neu einzurichtenden Teilbereich „Flächenrecycling“ und über den Biodiversitätsfonds abgewickelt werden. Zu diesem Zweck wird im neue UFG die bisherige Förderschiene „Altlastensanierung“ um den Förderbereich „Flächenrecycling“ erweitert. Weiters wird der Biodiversitätsfonds als eigenständiger Förderbereich im UFG verankert. Damit sollen zusätzliche Maßnahmen zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie unterstützt werden. Zudem wird die Umweltförderung im Inland an die aktuellen umwelt-, klima- und energiepolitischen Zielsetzungen, insbesondere die angestrebte Klimaneutralität 2040, angepasst. Für die Umweltförderungen soll im Zeitraum 2021 bis 2025 ein Fördervolumen von insgesamt rund 670 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Abgesehen von 25 Millionen Euro für die rein national finanzierten Förderungen im Rahmen des Biodiversitätsfonds werden die Fördermittel zur Gänze aus EU-Mitteln der ARF refinanziert.

> „**Für die Umweltförderungen soll im Zeitraum 2021 bis 2025** ein Fördervolumen von insgesamt rund 670 Millionen Euro zur Verfügung stehen.“

DR. MATHIAS PICHLER IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

Das neue Förderangebot zielt darauf ab, Projekte zur Entwicklung und Nutzung von derzeit nicht mehr oder nicht entsprechend dem Standortpotenzial genutzten Flächen und Objekten zu unterstützen.

Aus kommunaler Sicht ist insbesondere die Einführung einer finanziellen Unterstützung zur Revitalisierung von Brachflächen im Ortsgebiet hervorzuheben. Laut Schätzung des Umweltbundesamtes stehen rund 40.000 Hektar an ehemaligen Industrie- und Gewerbeflächen sowie Wohnimmobilien leer. Obwohl sich diese Flächen oft in gut erschlossenen Lagen befinden, entscheiden sich Investoren häufig gegen diese und für den Neubau auf einer Grünfläche am Ortsrand. Die bestehende Bausubstanz und die Unwissenheit über allfällige Altlasten bringen Rechts- sowie Planungsunsicherheiten und lassen dadurch die Nutzung von Brachflächen unattraktiv erscheinen.

Vor diesem Hintergrund zielt das neue Förderangebot darauf ab, Projekte zur Entwicklung und Nutzung von derzeit nicht mehr oder nicht entsprechend dem Standortpotenzial genutzten Flächen und Objekten zu unterstützen. Die Wiedereingliederung der nicht genutzten Flächen in den Wirtschaftskreislauf soll die Ortskerne stärken und zu einer Verringerung des Bodenverbrauchs an den Ortsrändern beitragen. Dafür werden im Rahmen des Flächenrecyclings zukünftig die Erstellung von Entwicklungskonzepten sowie Untersuchungen des Untergrundes und der Bausubstanz von Brachflächen gefördert. Neben den Grundstückseigentümer: innen kann die Förderung auch von Gemeinden und Gemeindeverbänden beantragt werden. Für das Flächenrecycling wird im Zeitraum 2022–2024 ein Fördervolumen von acht Millionen Euro bereitgestellt, wobei Entwicklungskonzepte sowie Untersuchungen mit bis zu 75 % der förderungsfähigen Kosten, maximal jedoch 60.000 bzw. 50.000 Euro, förderbar sein sollen. Die Details zum Fördergegenstand, zu den Fördervoraussetzungen, zum Ausmaß der Förderung und zur Form der Förderung werden sich in den Förderrichtlinien finden. Wann das neue UFG ins Parlament kommen wird, ist derzeit nicht bekannt. Angesichts des zügig durchgeführten Begutachtungsverfahrens wird aber mit einer baldigen Beschlussfassung gerechnet werden können.

Aus Sicht des Gemeindebundes ist die Aufnahme einer Förderung für das Flächenrecycling äußerst erfreulich. Das UFG setzt mit dieser einen wichtigen Impuls zur Stärkung der Ortskerne sowie zur Reduktion des Bodenverbrauchs. Die Gemeinden erhalten mit der Förderung die benötigte finanzielle Unterstützung für die notwendigen Vorarbeiten und Erkundungen angeboten, um die mit dem Flächenrecycling verbundenen Risiken und Unsicherheiten minimieren zu können. Der Revitalisierung von Altstandorten könnte damit zumindest in finanzieller Hinsicht teilweise der Schrecken genommen werden.

„Neben den Grundstückseigentümer: innen **kann die Förderung auch von Gemeinden und Gemeindeverbänden beantragt werden.“**

WHISTLEBLOWER: EDWARD SNOWDEN UND DIE GEMEINDEN

GEGEN KORRUPTION, DATENMISSBRAUCH, STRAFRECHTSVERLETZUNGEN

Edward Snowden, dieser Name steht seit Jahren als Synonym für „Whistleblower", also Menschen, die als Hinweisgeber, Enthüller oder Aufdecker fungieren und für die Öffentlichkeit wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang veröffentlichen.

TEXT // REINHARD HAIDER

Snowden selbst lebt seit den Enthüllungen über die weltweiten Spionage- und Überwachungspraktiken von US-Geheimdiensten im Jahr 2013 in Russland, weil er von den USA strafrechtlich verfolgt wird. Dabei sollte das Whistleblowing (auf Deutsch mit „verpfeifen" umschrieben) anonym und sanktionsfrei sein. Typischerweise werden Missstände oder Straftaten wie Korruption, Insiderhandel, Menschenrechtsverletzungen, Datenmissbrauch oder allgemeine Gefahren, von denen der Whistleblower an seinem Arbeitsplatz oder in anderen Zusammenhängen erfährt, bekannt gegeben. Oft ist der Hinweisgeber mitten im Geschehen und kann seine (moralischen) Bedenken wegen bevorstehendem Mobbing oder gar angedrohter Kündigung nicht äußern. Im Allgemeinen betrifft dies vor allem Vorgänge in der Politik, in Behörden und in Wirtschaftsunternehmen. Bekannte Whistleblower wie Edward Snowden oder Julian Assange genießen in Teilen der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen, weil sie für Transparenz sorgen und sich als Informanten selbst in Gefahr begeben, selbst strafbar machen oder anderweitige gravierende Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Arbeit riskieren.

Seit Dezember 2021 auch für Gemeinden relevant. Was hat Whistleblowing mit Gemeinden zu tun? Die EU-Richtlinie 2019/1937 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das EU-Recht melden, war bis 17. Dezember 2021 in nationales Recht umzusetzen. Ziel dieser Richtlinie ist eine bessere Durchsetzung des Unionsrechts und der Unionspolitik in bestimmten Bereichen durch die Festlegung gemeinsamer Mindeststandards, die ein hohes Schutzniveau für Personen sicherstellen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden.

In Artikel 8 werden die Mitgliedstaaten zur Sicherstellung verpflichtet, dass juristische Personen des privaten und öffentlichen Sektors Kanäle und Verfahren für interne Meldungen und für Folgemaßnahmen einrichten – nach Rücksprache und im Einvernehmen mit den Sozialpartnern, sofern nach nationalem Recht vorgesehen. Das betrifft Betriebe mit über 50 Arbeitnehmern und auch Gemeinden, wobei die Mitgliedstaaten Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern oder weniger als 50 Arbeitnehmern ausnehmen können.

Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass interne Meldekanäle entsprechend dem nationalen Recht von Gemeinden gemeinsam oder von gemeinsamen Behördendiensten betrieben werden können, sofern die geteilten internen Meldekanäle von den einschlägigen externen Meldekanälen getrennt und gegenüber diesen autonom sind.

So weit, so komplex. Noch gelten die Regeln, die bis 17. Dezember 2021 umzusetzen waren, nur für Verstöße gegen EU-Recht. Eine bei Transparency International eingesetzte Arbeitsgruppe fordert die Regierung bereits auf, auch alle anderen Verstöße gegen österreichisches Straf- und Kartellrecht „meldefähig" zu machen.

3 BEISPIELE FÜR WEBPORTALE

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft
www.bkms-system.net/bkwebanon/report/clientInfo?cin=1at21&c=-1&language=ger

Stadt Wien
www.bkms-system.net/bkwebanon/report/clientInfo?cin=YexZ5r&c=-1&language=ger

Greiner AG
aus Kremsmünster
www.tell-greiner.com/

„Die EU-Richtlinie 2019/1937 betrifft auch Gemeinden, **wobei die Mitgliedstaaten Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern** oder weniger als 50 Arbeitnehmern **ausnehmen können.“**

Noch gelten die Regeln, die bis 17. Dezember 2021 umzusetzen waren, nur für Verstöße gegen EU-Recht.

Die ersten Webportale sind schon online. Bereits vor Jahren reagiert haben große Organisationen wie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (**www.bkms-system.net**), die Stadt Wien, die sich des gleichen Systems bedient (**www.bkms-system.net**) oder private Firmen wie die Greiner AG aus Kremsmünster (**www.tell-greiner.com**/). Hier stehen Kanäle im Internet zur Verfügung, die absolute Anonymität gewährleisten. Es geht in erster Linie um den Verhaltenskodex und um die Aufklärung von Straftaten.

Webbasierte Whistleblower-Systeme kommen auf die Gemeinden zu. Große Städte sollten sich mit dem Thema „Compliance Management System inklusive Hinweisgebersystem“ dringend beschäftigen, Gemeinden unter 10.000 Einwohner können die Entwicklung beobachten. Wirklich interessant wird es, wenn schon bald die österreichische Umsetzungsverordnung vorliegt und den genauen Umfang definiert.

Übrigens sieht beispielsweise sogar das österreichische Anti-Doping-Gesetz 2021 als Maßnahme für Dopingprävention unter anderem ein Hinweisgebersystem vor. Transparency International fordert nicht zu Unrecht ein einziges Gesetz für die Umsetzung von Maßnahmen in allen Rechtsbereichen.

PS: Diskutieren Sie diesen Artikel unter **www.ooegemeindebund.at/egovforum** des oberösterreichischen Gemeindebundes.

Die Startseite des Webportals bkms-systems.net für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, mit der Verstöße gegen österreichisches Straf- und Kartellrecht „meldefähig“ gemacht werden sollen. Die der Stadt Wien ist eigens „gebrandet“.

MAG. (FH) REINHARD HAIDER IST E-GOVERNMENT-BEAUFTRAGTER DES OÖ. GEMEINDEBUNDES UND AMTSLEITER VON KREMSMÜNSTER

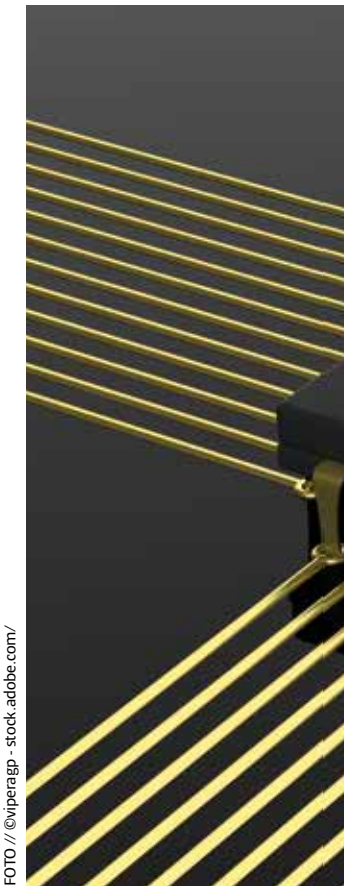


FOTO // ©viperagp - stock.adobe.com/

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

EUROPEAN WAY OF LIFE IM MITTELPUNKT

Auch wenn es still geworden ist um die Konferenz zur Zukunft Europas – es gibt sie noch immer. Krisenbedingt passiert sehr viel online und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt.

TEXT // DANIELA FRAISS

Nicht nur in Österreich befasst man sich im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen und Aktivitäten mit der Zukunft der EU. Die Konferenz auf europäischer Ebene besteht aus einem Plenum, Arbeitsgruppen, vier Bürgerforen und nicht zuletzt der digitalen Plattform für jedermann. Während das 108-köpfige Plenum von EU-Institutionen und nationalen Parlamenten dominiert wird, sorgt eine zwanzigköpfige Delegation der Bürgerforen dafür, dass die Empfehlungen „von unten" in den Plenardebatten Gehör finden.

Jedes der vier Foren setzt sich aus 200 Mitgliedern zusammen, mindestens zwei pro Mitgliedstaat und nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Insgesamt wurde darauf geachtet, dass die Bürgerforen ausgewogen sind und Frauen, Männer, Alt und Jung gerecht repräsentiert werden. Ein Drittel der Plätze wurde für Menschen zwischen 16 und 25 reserviert, was im Europäischen Jahr der Jugend wohl gut und sinnvoll ist.

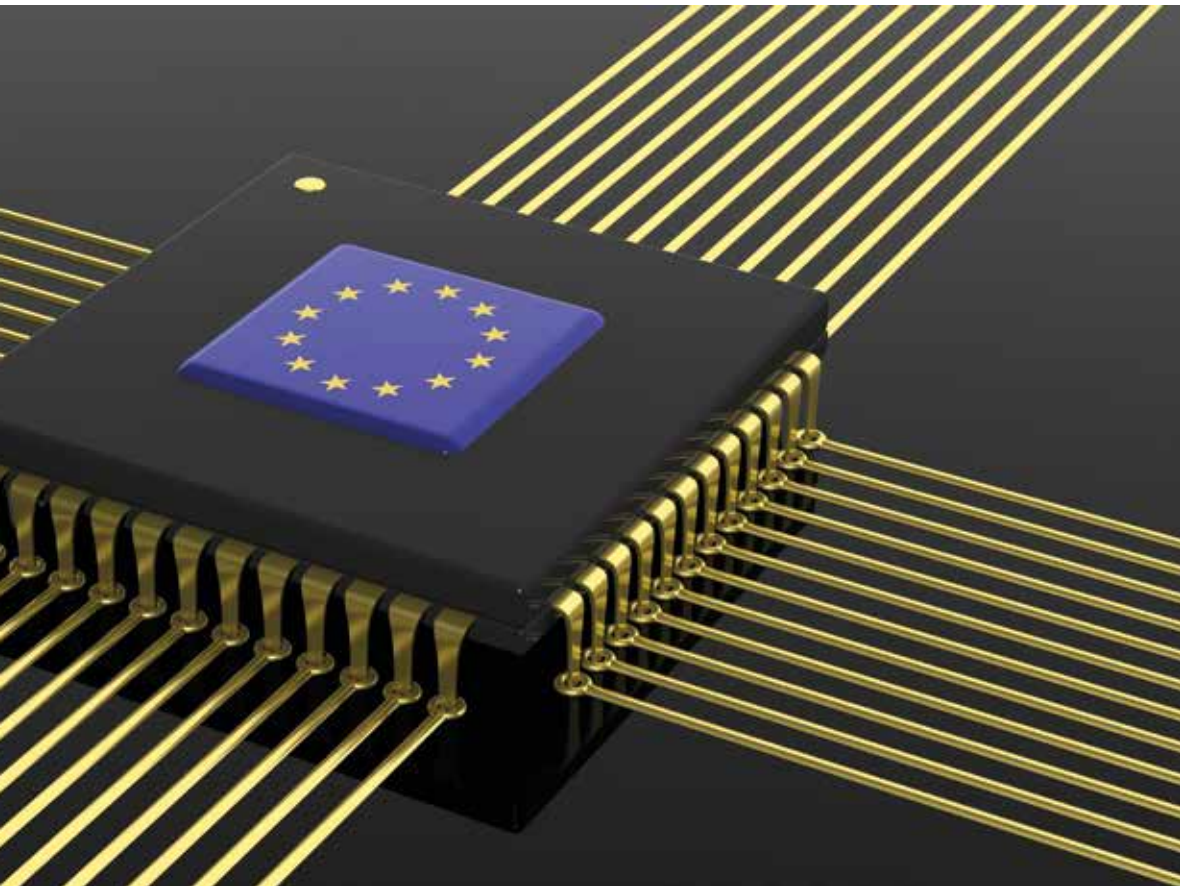
Inhaltlich steht die gesamte EU, sowohl institutionell als auch kompetenzrechtlich, zur Debatte. Und während die Diskussionen und Beiträge auf der Online-Plattform mitunter eine Sache und ihr Gegenteil fordern, erstaunen die Empfehlungen des Bürgerforums durch Klarheit und Weitblick. Man könnte auch sagen, dass den Bürgern der European Way of Life und sein Fortbestand sehr am Herzen liegen. Sozialer Ausgleich, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz sollen daher als Grundpfeiler des europäischen Lebensmodells bei der Politikgestaltung besser berücksichtigt werden.

> **„Inhaltlich steht die gesamte EU**, sowohl institutionell als auch kompetenzrechtlich, **zur Debatte."**

Im Empfehlungskatalog der Gruppe Demokratie und Rechtsstaatlichkeit finden sich zahlreiche Vorschläge zu Steuergerechtigkeit, Arbeitnehmerschutz und Gleichstellung. Auch wird deutlich, dass ein europäischer Ansatz zur Regulierung der Datenwirtschaft breite Unterstützung findet und Datenschutz kein Randthema ist. Beim Thema Gerechtigkeit werden auch EU-Förderungen angesprochen, die sich stärker am Gemeinwohl ausrichten und bei schädlichen Praktiken – sei es für die Umwelt, sei es für die Rechtsstaatlichkeit – eingestellt werden sollten. Natürlich gibt es auch Empfehlungen zu den europäischen Institutionen und den Europawahlen. Am interessantesten sind aber jene Punkte, die sich mit dem täglichen Leben und den Auswirkungen europäischer Entscheidungen auf die eigene Lebensrealität befassen. Dies kommt übrigens auch bei den Empfehlungen des Panels Klimawandel, Umwelt und Gesundheit zum Ausdruck.

Genau aus diesem Grund wollte man einen Prozess von unten, etwas anderes als den EU-Verfassungskonvent. Der Konvent brachte Anfang der 2000er-Jahre neuen Schwung, setzte

MAG. DANIELA FRAISS IST LEITERIN DES BRÜSSELER BÜROS DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES



Aus dem Empfehlungskatalog wird auch deutlich, dass ein europäischer Ansatz zur Regulierung der Datenwirtschaft breite Unterstützung findet und Datenschutz kein Randthema ist.

Diskussionen und Reformen in Gang und trug kurze Zeit zu einer gewissen Europa-Euphorie bei. Nach zwei großen Krisen ist die Stimmungslage aber eine andere, die Zukunftskonferenz erhebt den Anspruch, auf die Bürger hören zu wollen.

Böse Zungen könnten behaupten, dass das mediale Desinteresse vielleicht gar nicht so schlecht ist. Denn die Bürgerforen empfehlen teils radikale Umbrüche, die im Brüsseler Politikgeschehen, das von Partikularinteressen und großen Lobbys beeinflusst wird, kaum umsetzbar sind.

Die Konferenz ist noch nicht zu Ende. Der französische Ratsvorsitz will sie als Prestigeobjekt nutzen, weshalb im ersten Halbjahr 2022 mit pompöseren Veranstaltungen und mehr Berichterstattung zu rechnen ist. Was konkrete Ergebnisse und die Umsetzung von Empfehlungen betrifft, hat Frankreich der EU etwas voraus. Die politischen Folgen der 2018 initiierten „Grand Débat" sind dabei eher kosmetischer als struktureller Natur. Sowohl „Gilets Jaunes" als auch einflussreiche Lobbys wurden bedient, große Reformen aber abgesagt.

Zukunftskonferenz in Österreich. Auch in Österreich werden weiterhin Ideen gesammelt. Dass die Zukunft der Jugend gehört, spiegelt sich 2022 in einer großen Zahl von Diskussionsveranstaltungen mit Schülern wider. In Oberösterreich besteht eine interessante Kooperation mit der Zukunftsakademie, im Burgenland wird die Veranstaltungsreihe „Jugend im Landtag" fortgesetzt. Die burgenländische Landtagspräsidentin Verena Dunst ist ebenso Mitglied der EU-Zukunftskonferenz wie Europaministerin Karoline Edtstadler, die ihre schon 2020 gestarteten Dialogtouren fortsetzt. Auch Klimaministerin Leonore Gewessler, die EU-Abgeordneten Roman Haider, Othmar Karas, Andreas Schieder und Monika Vana sowie Vertreter von National- und Bundesrat und der Sozialpartner gehören der EU-Konferenz an. Die österreichischen Jugendvertreterinnen sind Valentina Gutkas und Elyes Ouerghi.

Der Ausschuss der Regionen wird den Anfang März stattfindenden Gipfel der Regionen und Städte in Marseille nutzen, um dem Konferenzplenum eine abschließende Position zu übermitteln.

Der Abschlussbericht der Konferenz wurde von Präsident Macron für Mai in Aussicht gestellt, erst nach den im April stattfindenden französischen Wahlen.

> **„Die Empfehlungen des Bürgerforums erstaunen durch Klarheit und Weitblick.** Man könnte auch sagen, dass den Bürgern der European Way of Life und sein Fortbestand sehr am Herzen liegen."

Mehr Infos auf futureu.europa.eu/?locale=de

oder

futureu.europa.eu/assemblies/citizens-panels/f/299/

SCHNELLES NETZ FÜR ALLE

NEUES GELD FÜR BREITBAND-AUSBAU AM LAND

Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) hat durch Förderzusagen in den Programmen Leerrohr und Connect 25 Millionen Euro für den weiteren Ausbau der Breitbandnetze freigegeben.

FOTO // BMLRT/Alexander Haiden

Damit wird der Ausbau von schnellem, leistungsstarkem Internet insbesondere in ländlichen Gebieten vorangetrieben. Das Ziel ist, Österreich bis 2030 flächendeckend mit gigabitfähigen Anschlüssen zu versorgen.

Jeder Euro, den Österreich in ein flächendeckendes, schnelles Breitband-Internet investiert, ist eine Investition in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Gerade die Corona-Krise zeigt, wie wichtig schnelles Internet für uns alle ist – vom Homeoffice über Homeschooling bis hin zu digitalen Amtswegen oder zur Online-Krankschreibung. Vom Breitbandausbau profitieren einerseits die Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch die Unternehmen in den Regionen.

Mit der neuen Förderungszusage aus dem Programm Leerrohr wird in 134 Gemeinden der Ausbau der Breitband-Infrastruktur vorangetrieben. Des Weiteren erhalten mit der Förderungszusage des Programms Connect seitens des BMLRT 37 Bildungseinrichtungen und 17 Klein- und Mittelunternehmen eine Glasfaser-Anbindung. Damit wird der bestehende Bedarf an Glasfaser-Anbindungen erfüllt. Gleichzeitig werden Zugangspunkte für den weiteren Ausbau von Glasfasernetzen geschaffen. Im Breitbandatlas sind neben der aktuellen festen und mobilen Breitbandversorgung auch alle Gebiete ersichtlich, in denen im Zuge der Initiative Breitband Austria 2020 ein geförderter Ausbau stattfindet.

Nächste Schritte. Derzeit werden gleich mehrere Maßnahmen umgesetzt. Am 1. November 2021 ist das neue Telekommunikationsgesetz in Kraft getreten. Ein Schwerpunkt ist die Beschleunigung des Ausbaus von Breitband-Fest- und Mobilfunknetzen. Für jene ländlichen Gebiete, in denen aufgrund der dünnen Besiedelung mit keinem privatwirtschaftlichen Ausbau zu rechnen ist, hat das BMLRT neue Förderungsprogramme entwickelt. Die neuen Richtlinien der Initiative Breitband Austria 2030 sind bereits zur Notifikation an die EU übermittelt worden. Der Start für die neuen Programme ist für dieses Frühjahr festgesetzt.

Service für Gemeinden. 2021 wurde auch die „Plattform Internetinfrastruktur Austria 2030“ (PIA 2030) ins Leben gerufen. Sie dient dazu, den Breitbandausbau zu koordinieren und zu beschleunigen. Eingebunden sind die Bundesländer, Gemeinden und der private Sektor. Die Plattform soll bestehende Initiativen bündeln und dafür sorgen, Synergien bestmöglich zu nutzen. Mit der Breitband-Gemeindeinfo informiert das BMLRT Gemeinden rund um das Thema Breitband und entsprechende Förderungen.

Als die zentrale Informations- und Servicestelle für Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Länder und Betreiber für alle Angelegenheiten des Infrastrukturausbaus im Breitbandbereich fungiert das Breitbandbüro des BMLRT.

Weitere Infos
- www.bmlrt.gv.at/breitband-gemeindeinfo
- www.breitbandatlas.gv.at
- www.breitbandbuero.gv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

ABWASSER

ÖSTERREICH IST SPITZENREITER IN DER KOMMUNALEN ABWASSERENTSORGUNG

Seit 1959 wurden rund 50 Milliarden Euro in die Abwasserentsorgung investiert, deshalb ist die flächendeckende Behandlung von kommunalem Abwasser in Österreich auf einem sehr hohen Niveau sichergestellt. Die veröffentlichten neuen Länderprofile der Europäischen Umweltagentur (EEA) bestätigen, dass Österreich – gemeinsam mit drei weiteren Mitgliedstaaten – die entsprechende EU-Richtlinie zu 100 Prozent erfüllt.

95,9 Prozent der österreichischen Bevölkerung an Kläranlagen angeschlossen. Die Länderprofile der EEA zeigen den Status der Ableitung und Behandlung von kommunalem Abwasser 2018 und sind Teil des 11. Umsetzungsberichts zur Richtlinie, den die Europäische Kommission zweijährlich veröffentlicht.

Die darin enthaltenen Informationen sind auch Grundlage des im Sommer 2021 vom BMLRT veröffentlichten Berichts „Kommunales Abwasser – Österreichischer Bericht 2020". Dieser zeigt, dass in den letzten beiden Jahren erneut eine Steigerung des bereits sehr hohen Anschlussgrades an kommunale Kläranlagen auf 95,9 Prozent erzielt werden konnte. Das ergibt eine Länge von insgesamt etwa 171.000 km Trinkwasser- und Abwasserleitungen. Insgesamt werden durch alle kommunalen Kläranlagen in ganz Österreich 81 Prozent des Stickstoffs und 91 Prozent des Phosphors aus dem Abwasser entfernt.

Um die hohen Standards weiter erfüllen zu können, muss die über Jahrzehnte geschaffene Infrastruktur aufrechterhalten, wenn nötig erneuert und laufend verbessert werden.

Weitere Infos
www.bmlrt.gv.at/wasser

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

BILD: © BMLRT/PAUL GRUBER

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLRT

Zivildienst – Türöffner für freiwilligen Einsatz

Bundesministerium
Landwirtschaft, Regionen
und Tourismus

Jede Stadt und jedes Dorf braucht Zivildiener. Sie sind 365 Tage im Jahr österreichweit im Einsatz und sind eine wichtige Unterstützung für rund 1.700 Einrichtungen im ganzen Land. Aber vor allem ist der Zivildienst der Türöffner für freiwilliges Engagement. Fast jeder dritte Zivildiener arbeitet nach seinem Dienst als Ehrenamtlicher weiter. Der Zivildienst führt also auch zu einem sicheren Freiwilligennetz. Und das ist wichtig für uns alle, denn das Ehrenamt ist die Seele unseres Landes! Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) setzt sich daher dafür ein, den Zivildienst zu stärken und zu sichern. Infos unter: **www.zivildienst.gv.at**

INTERVIEW
Wer kein Risiko eingeht, kann keinen Fortschritt erzeugen
Seite 42

FINANZEN
Weniger Risiko durch externe Spezialisten
Seite 48

URBAN FUTURE
Europas größtes Event für nachhaltige Städte
Seite 50

LAND UND STADT ZUSAMMENDENKEN

Wie die Transformation von Orts- und Stadtteilen gelingen und zu qualitätsvollen Lebensräumen führen kann.

FOTOS // illingen

Kommunen investieren jedes Jahr viele Milliarden Euro. Ein Großteil davon fließt in räumliche Aufgaben, in Konzepte, Planungen oder die Errichtung von Gebäuden. Kommunen sind mit die größten Bauherren im Land und gestalten wesentlich den Lebensraum der Menschen.

TEXT // ROLAND GRUBER

Nahezu kein kommunales Entwicklungskonzept, kein städtebaulicher Entwicklungsprozess, aber auch kein öffentliches Bauprojekt kommt mehr ohne die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aus. Ziel ist es, die Bedürfnisse verschiedenster Akteure kennenzulernen und Akzeptanz für Lösungen zu schaffen, gleichzeitig aber auch das übergeordnete Ziel einer qualitätsvollen Gestaltung unserer Dörfer, Städte und Gemeinden im Blick zu haben.

Kommunen investieren jedes Jahr viele Milliarden Euro. Ein Großteil davon fließt in räumliche Aufgaben, in Konzepte, Planungen oder die Errichtung von Gebäuden. Kommunen sind mit die größten Bauherren im Land und gestalten wesentlich den Lebensraum der Menschen. Das Ziel von Baumaßnahmen ist es in der Regel, bestimmte Aufgabenstellungen zu erfüllen. Baumaschinen allein bringen aber noch kein Leben in die Quartiere. Gefragt sind daher Projekte, die mit dem Baubudget auch einen maximalen Effekt auf die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger erzielen. Bezieht man diese von Anfang an in den Entstehungsprozess mit ein, ist der Weg mit viel Entwicklungspotenzial und positiver Energie für das eigenen Quartier, den eigenen Ort „gepflastert".

Beteiligung als Schlüssel gelebter Baukultur. Mehr Beteiligung der Bürgerschaft gerade bei komplexen räumlichen Fragestellungen und Bauaufgaben ist heute notwendiger denn je. Baukultur ist viel mehr als nur Bauen. Baukultur besteht nicht nur aus fertiggestellten Bauwerken, sondern aus einer Vielzahl von Faktoren, die unseren Lebensraum in seiner Qualität beeinflussen können. Baukultur umfasst soziale, ökologische und gestalterische Fragestellungen, von der Lebensqualität eines Ortes bis zur Bodenpolitik oder der Organisation der Mobilität.

Vor allem Bauen auf Quartiersebene bietet die Chance auf einen intensiven Austausch mit den Akteuren vor Ort, mit den unmittelbaren Nutzerinnen und Nutzern. Dabei spielt das Ehrenamt eine große Rolle: Manche Projekte wären ohne den Einsatz engagierter Bürger nie begonnen worden oder nicht umsetzbar gewesen. Die Identifikation mit dem eigenen Ort ist in der Regel höher und bauliche Veränderungen werden gerade in kleinen Gemeinden sehr viel stärker wahrgenommen als im urbanen Kontext und sind daher sehr emotional besetzt.

Kommunen profitieren vom Mobilisierungspotenzial, das Bauaufgaben mit sich bringen. Prozesshaftes Arbeiten unter Beteiligung der Bürger führt vielfach auch zu deutlich besseren Lösungsansätzen. Sie kennen ihre Gemeinde oder Stadt am besten und haben vielfach sehr gute und zukunftsweisende Ideen, die eine wesentliche Basis für nachhaltige Lösungen und breite Akzeptanz vor Ort bilden.

Im Zeitalter der Politikverdrossenheit sind Bauaufgaben zudem ein überaus geeigneter Weg, die Bürgerschaft „hinter dem Ofen" hervorzuholen. Denn was eignet sich besser, um Menschen an Entscheidungen und Entwicklungen in ihrem unmittelbaren Umfeld mitwirken zu lassen, als ein Bauprojekt? Bürgernähe ist ein angenehmer Nebeneffekt.

Beteiligung in veränderter Gesellschaft. Oftmals ist bei Gemeinden und Städten jedoch eine gewisse Grundangst vor Beteiligungsprozessen zu spüren, die vorwiegend durch negative Erfahrungen entstanden ist: Es ist aufwendig und langwierig, mit der Bürgerschaft zu arbeiten. Der Prozess zieht sich wie ein Kaugummi und es kommt nicht viel Konkretes heraus, außer Unmengen an Papier für die Schublade oder Listen unerfüllbarer Wünsche. Es melden sich immer die gleichen zu Wort und nutzen die Beteiligung als Plattform für die eigenen Anliegen. So die Erfahrungen und Vorbehalte, die sehr ernst zu nehmen sind. Dazu kommen gesellschaftliche Veränderungen, die Auswirkungen auf die Beteiligungskultur haben. Die Alltagswelt ist vielfältiger geworden, fordert Flexibilität und mehr Mobilsein. Informationswege und Kommunikationsverhalten verändern die Gesellschaft. Beteiligung in veränderter Gesellschaft hat daher »

einige wichtige Rahmenbedingungen im Blick zu behalten:

+ **Zeit und Energie:** Gerade Menschen, die prinzipiell motiviert sind, sich einzubringen, sind im Berufs- und im Privatleben sehr aktiv und haben wenig Zeit und Energie. Wesentlich sind der wertschätzende Blick für die reale Situation der Beteiligten und die richtigen Angebote – Beteiligung darf und soll Freude machen!
+ **Identifikation:** Wenn sich Menschen in ihrem Ort nicht zugehörig fühlen, weil sie erst vor Kurzem zugezogen sind oder Vereine und Ortsleben von „Einheimischen" dominiert werden, fühlen sie sich oft nicht angesprochen. Die Aktivierung dieser Personen braucht besonderes Augenmerk.
+ **Gemeinsinn:** Der Ruf nach mehr Beteiligung geht oft einher mit einer fordernden Haltung, die nur das eigene Partikularinteresse im Blick hat. Es braucht aber eine Haltung im Sinne von „Es geht um UNSEREN Ort und deswegen denken wir gemeinsam darüber nach". Der Prozess kann größere Zusammenhänge herstellen und den Blick weiten.
+ **Kooperation und Vertrauen:** Der Alltag ist schnelllebig, vermeintlich einfache Lösungen sind attraktiv. Um langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln, braucht es Dranbleiben und Geduld. In einer Atmosphäre, die vom Gemeinschaftsgedanken getragen ist, entsteht Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft wächst.
+ **Lust und Freude:** Durch eine von Kooperation und Vertrauen, Lust und Freude geprägte Beteiligungskultur lässt sich das Potenzial derer heben, die brennen: die Anpackenden, die dort, wo sie als Motoren agieren, Begeisterung wecken, andere mitreißen und so durch ihre Sogwirkung Zukunft gestalten.

Wie Beteiligung gelingt. Der Ort sind alle. Nur ein Miteinander von Politik und Verwaltung, Bürgerschaft, Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Grundstückseigentümern ist Garant für Zukunftsfähigkeit. Gelungene Beteiligung ist Motor für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die wichtigste Voraussetzung dabei ist, dass die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gut durchdacht und richtig gemacht werden muss. Sie braucht neben ausreichend Zeit, Raum und finanziellen Mitteln vor allem die richtige Haltung sowie Engagement und Offenheit. Der richtige Zeitpunkt eines Beteiligungsprozesses ist genauso wichtig wie Klarheit in den Regeln und Rollen, Transparenz bei Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen. Es braucht Klarheit in der Sache, in Thema, Zweck und Ziel. Passende, pfiffige Methoden müssen richtig eingesetzt werden und es muss die Möglichkeit geben, alle Interessierten einzubinden. Ein gelungener Beteiligungsprozess muss sorgfältig vorbereitet sein und auch Raum für Randgruppen, Konfliktthemen und Wut bieten. Und bei all dem sollte er mit genügend Witz und Humor gewürzt sein, motivieren, Spaß machen und den „Hund hinter dem Ofen" hervorlocken.

Ein partizipativer Prozess muss ein Stück weit zum spannenden Erlebnis werden. Da kann ein gemeinsames Suppenessen ganz niedrigschwellig viele Knoten lösen und zum gemeinsamen Ideen-Spinnen und Zukunft-Entwickeln führen. Konkrete Lösungen lassen sich am besten in einem kompakten Format erzielen. An direkt hintereinander folgenden Tagen vor Ort wachsen die Menschen mehr und mehr in das Projekt hinein, Ideen werden verdichtet und unmittelbar auf Herz und Nieren geprüft.

Individuelle Wohnraumplanung: Prozesshaftes Arbeiten unter Beteiligung der Bürger führt vielfach auch zu deutlich besseren Lösungsansätzen. Sie kennen ihre Gemeinde oder Stadt am besten und haben vielfach sehr gute und zukunftsweisende Ideen, die eine wesentliche Basis für nachhaltige Lösungen und breite Akzeptanz vor Ort sind.

ROLAND GRUBER IST MITGRÜNDER UND GESCHÄFTSFÜHRER VON NONCONFORM, EINEM UNTERNEHMEN FÜR ARCHITEKTUR UND PARTIZIPATIVE ZUKUNFTSRAUMENTWICKLUNG, SOWIE VIZEBÜRGERMEISTER DER GEMEINDE MOOSBURG

FOTO // © Sandra Matanovic

FOTOS // nonconform

Es muss sorgfältig, rechtzeitig und auffällig aktiviert werden. Denn nur wer von dem Prozess weiß, hat auch die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Die Aktivierungswerkzeuge reichen von Interventionen im öffentlichen Raum bis hin zur Aufmerksamkeitserzeugung in der medialen und digitalen Welt.

Neue Kompetenzen für die Verantwortlichen. Ein solches Format bewegt sich zwischen dem großen Ganzen und den Details, zwischen Visionen und Pragmatismus. Für den klassischen Planungsprozess und die beteiligten Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Planung bedeutet es eine große Herausforderung. Es braucht für das gleichzeitige Zuhören, Verknüpfen, Entwickeln, Auf-den-Punkt-Bringen und Vermitteln der Ergebnisse ein gut geschultes, mehrköpfiges Team mit planerischer und kommunikativer Kompetenz. Und viel Zeit und Hirnschmalz in der Vorbereitung.

Die Aufgaben erweitern sich um Tätigkeiten wie Aktivieren, Kommunizieren, Moderieren, Konfliktmanagement, Ideensammeln und Transformieren. Die Verantwortlichen müssen sich um eine positive Atmosphäre genauso kümmern wie um den schlüssigen Prozessablauf, den klaren Rahmen und die inhaltliche Punktlandung. Neben Kenntnissen zur prozesshaften Arbeit und Improvisationstalent werden Fingerspitzengefühl und Wertschätzung von immer zentralerer Bedeutung. Zeitgemäße Verfahren erfordern einen sensiblen und profes- »

10 GUTE GRÜNDE FÜR ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG IN STADT UND LAND

- **Mehr Akzeptanz durch Transparenz:** Wenn Zukunftsvorstellungen und Projekte klar und transparent kommuniziert und gemeinsam erarbeitet werden, wenn rechtzeitig Raum für Bedenken und Ideen gegeben wird, dann werden sie von einer breiten Mehrheit getragen. Es gibt weniger Verzögerungen und weniger Gegenwind.
- **Mehr Vielfalt durch mehr Ideen:** Mehr Menschen haben mehr Ideen und machen Lösungen bunter und facettenreicher. Das Einbringen von vielen Köpfen, mannigfaltigen Kompetenzen und Sichtweisen macht Ergebnisse vielfältiger, passgenauer und besser.
- **Mehr Zufriedenheit durch Umsetzung:** Sind mehr Menschen aktiv, können mehr Dinge angepackt werden. Es muss weniger auf die lange Bank geschoben werden und das führt zu mehr Zufriedenheit in der Bevölkerung.
- **Mehr Identifikation durch Verbundenheit:** Menschen gestalten ihren Lebensort mit, beschäftigen sich mit ihrem Dorf, ihrer Stadt, ihrer Schule. Das Verständnis für Zusammenhänge und Zusammengehörigkeit wächst. Identifikation und Verbundenheit steigen. Wer seinen Ort liebt, setzt sich für ihn ein.
- **Mehr Gemeinschaft durch Offenheit:** Gemeinsam an einer Fragestellung im Ort zu arbeiten, verbindet die Menschen: unterschiedliche Ansichten offen aussprechen, Lösungen entwickeln und um Konsens ringen. Menschen lernen einander kennen und respektieren und das Miteinander bekommt eine andere Qualität. Hetze und Ausgrenzung verlieren an Nährboden.
- **Keine Chance dem Geschimpfe:** Beteiligung ist Konfliktprävention. Sie bietet eine Plattform, um mitzureden. Der Kritik hinsichtlich zu wenig Informationsfluss und Mitsprachemöglichkeiten kann ein Riegel vorgeschoben werden. Und einmal eingeübte Prozesse oder eingeführte Strukturen fördern Transparenz und bessere Kommunikation auch nach dem Beteiligungsprozess.
- **Mehr Motivation durch Verantwortung:** Die Botschaft „Du, wir brauchen dich" motiviert Menschen zum Mittun. Wo informiert und eingebunden wird, wo Ideen und Kompetenzen gefragt sind, dort entsteht Energie und es bewegt sich etwas. Die Bereitschaft, sich einzubringen, wächst.
- **Entlastung von Verwaltung und Politik**: Mehr Menschen bringen Arbeitskraft, Zeit und Energie mit. Die Arbeit wird auf mehrere Schultern verteilt, Aufgaben können geteilt und Kosten eingespart werden.
- **Mehr Verständnis für das Gemeindewohl:** Ist Beteiligung gut gemacht, ermöglicht sie Perspektivenwechsel und weckt Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen und Prioritäten. Wissen über die notwendige Abwägung von Interessen und größere Zusammenhänge ermöglicht mehr Verständnis für Prozesse und Entscheidungen in der Kommune.
- **Bedarfsgerechtere Politik:** Anhören und Beteiligen ermöglicht mehr Wissen über die Themen und Fragen, die die Menschen bewegen. Politische Entscheidungsträger und Verwaltung können bedarfsgerechter entscheiden und handeln.

sionellen Umgang mit Methoden und Akteuren. Die Arbeit mit Laien verlangt eine gut verständliche Sprache und greifbare Vermittlung. Und eine ordentliche Portion Humor ist immer sehr förderlich. Es ist nicht mehr nur ein Projekt – es ist ein Prozess.

Beteiligung ist Arbeit – Aufwand, der sich aber sowohl zeitlich als auch finanziell lohnt. Richtig und professionell gemacht, ist sie gemeinschaftsstiftend und ein echter Gewinn für Stadt und Dorf.

Eine gemeinsam getragene Vorstellung entsteht: In moderierten Ideenstammtischen wurden zunächst alle Anregungen und Ansätze gesammelt: Was braucht es in der Ortsmitte? Welche Wohnformen sind gefragt? Wie soll Leben und Wohnen auf dem Grundstück ausschauen? Ein ganztägig geöffnetes Ideenbüro generierte weitere circa 100 Ideen aus den Kategorien Wohnen, Baukultur, Freiraum, Infrastruktur, Jugend, Platz für alle Generationen oder Mobilität. Zwei Grundschulen und die Mittelschule brachten sich mit Bildern, Modellen und Vorträgen ein. Alle diese Ideen kamen auf den Prüfstand: Was ist verwirklichbar auf dem Grundstück? Wie kann es aussehen und wie passt das alles zusammen? Transparent und einvernehmlich wurde festgestellt, dass nicht alle eingegangenen Ideen auf dem Grundstück untergebracht werden können. Als Nebenprodukt des Prozesses nimmt die Gemeinde jedoch eine ausführliche Ideensammlung zur Umsetzung an geeigneter anderer Stelle mit.

Entstanden ist ein klares, gemeinsames Bild vom Leben und Wohnen in der Ortsmitte: Älter werdende Menschen wohnen dort genauso wie junge Singles und Familien in bezahlbaren Wohnungen unterschiedlicher Größe. Gemeinschaftsräume auch für die Ortsbevölkerung ermöglichen Begegnung. Viel Grün und Wasser in allen Variationen bereichern das Ortsbild, sind für alle nutzbar und sorgen für eine angenehme Wohnumgebung. Die aufgelockerte und nachhaltige Bauweise hat dörflichen Charakter.

Innovativer Wohnungsbau mit dörflichem Charakter: Wie lassen sich diese Vorstellungen in tatsächlich gebauten Raum übersetzen? Das war Aufgabe der Planungswerkstatt. Ein eindrucksvolles Modell der näheren Umgebung ermöglichte es den Laien-Architektinnen und -Architekten, sich in die räumlichen Gegebenheiten hineinzudenken. Es wurde gebaut und gebastelt und die Vorstellungen aus der Ideenwerkstatt wurden Schritt für Schritt in Modelle umgesetzt. Die Beteiligten bekamen ein Gefühl für räumliche Zusammenhänge, die Wirkung von Baukörpern und den Umgang mit Rahmenbedingungen. Vier unterschiedliche Modelle entstanden, denen zentrale Elemente aber gemeinsam waren: lebendiger Geschoßwohnungsbau im Grünen ganz ohne Einfamilienhäuser.

Die Ergebnisse dieser zweieinhalb Tage Arbeit der Bürgerschaft waren die Grundlage für den städtebaulichen Entwurf. Das beauftragte Architekturbüro entwickelte ein dichtes und doch aufgelockertes Quartier zum gemeinsamen Leben und Wohnen. Alle, Öffentlichkeit und Politik, waren sehr zufrieden.

Die Baugruppenwerkstatt: Die Wohnungstypen, -größen und -ausrichtungen entwickelten die Mitglieder der Baugruppe gemeinsam. Ein auf Architektur und Partizipation spezialisiertes Büro begleitete die Baugruppe, aber auch deren einzelne Mitglieder bei Planung und Entscheidungsfindung: vom Bebauungsplan über das Baumaterial bis hin zu Böden oder Türklinken. Mithilfe von Modellen, großen Luftbildern, Raumaufstellern und haptischen Materialien konnten sie sich die Konsequenzen ihrer Entscheidungen vor Augen führen. Spezifische Moderationsformate und viele Einzelgespräche erleichterten die Konsensfindung bei Themen wie

> „**Der Ort sind alle.** Nur ein Miteinander von Politik und Verwaltung, Bürgerschaft, Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Grundstückseigentümern ist Garant für Zukunftsfähigkeit.“

Gemeinschaftsnutzung, Baukörpersituierung, individuellen Wohnraumbedürfnissen oder bei der Wahl der Baustoffe und ihrer Verarbeitung. Intensiv diskutiert wurden auch Blickbeziehungen und ihre Auswirkungen auf Privatheit und Gemeinschaftsflächen. Durch das Versetzen der Baukörper entstanden kleine Höfe, die sowohl den Blick auf den Dorfplatz als auch in die reizvolle, das Wohnprojekt umgebende Landschaft freigeben.
Neben sozialen Aspekten standen auch bauökologische Kriterien im Fokus der Baugruppe. Nach Abwägung mehrerer Alternativen entschied sie sich für eine nachhaltige Holzleichtbauweise mit Zellulosedämmung und sichtbaren Massivholzdecken. Lediglich das Gemeinschaftsgebäude am Dorfplatz wurde aufgrund der Hanglage als Stahlbetonbau ausgeführt.

FOTO // nonconform

Ein Fazit: offen und konstruktiv zu bedarfsgerechten und innovativen Ergebnissen. In offener, konstruktiver Atmosphäre hat sich die Bevölkerung jeweils breit eingebracht. Vorstellungen und Ideen waren realistisch und bodenständig. Wünsche und Bedürfnisse kamen klar zur Sprache. Offen und transparent wurde besprochen, welche Ideen auf den konkreten Grundstücken aufgegriffen werden können und für welche es andere Möglichkeiten im Ort zu suchen gilt.

Voraussetzung für das Gelingen waren Offenheit und Ernsthaftigkeit seitens der Bevölkerung, aber auch von Politik und Projektentwicklern. Gleichzeitig wurde viel Wert auf die richtige Fragestellung gelegt, um von vorneherein Klarheit zu schaffen und Frustration auf beiden Seiten zu vermeiden: Was sind fixe Rahmenbedingungen und Vorgaben und wo ist echter Spielraum und Ergebnisoffenheit?

Die Menschen ernsthaft zu fragen, was sie sich für ihren Ort vorstellen, drückt Wertschätzung aus. Eigene Vorstellungen zu entwerfen verbindet die Menschen mit ihrem Ort und der konkreten Planung. Selber am Modell zu bauen macht Spaß und vermittelt ein vertieftes Verständnis für Arbeiten im Raum, seine Wirkungen und Zwänge.

Das Ergebnis waren umsetzbare, bedarfsgerechte Entwürfe und die Erkenntnis, dass die Menschen offen sind für starke, durchmischte Quartiere mit neuen Wohnformen und, sofern sie einen lockeren, begrünten und maßstäblichen Charakter haben. K

7 BAUSTEINE FÜR EINE GELUNGENE BETEILIGUNG

Im Wesentlichen sind es sieben Bausteine, die Beteiligung gelingen lassen, die Menschen dort abholen, wo sie stehen und einbinden mit dem, was sie mitbringen. Grundvoraussetzungen sind eine kluge Unterscheidung und klare Kommunikation von Ergebnisoffenheit und Rahmenbedingungen: Wo ist Gestaltungsspielraum, der ernsthaft eingeräumt werden kann? Was ist der Rahmen? Wo braucht es vorab Entscheidungen?

- **Die Aufgabe schärfen:** Präzise Abstimmung. Es braucht von Beginn an Klarheit über Zielgruppen und Akteure, über Aufgaben und Fragestellungen, über Zuständigkeiten, Abläufe und Regeln. Diese Arbeit vor der eigentlichen Arbeit ist der Humus für gelungene Beteiligungsarbeit.

- **Auf die Haltung kommt es an:** Ernsthaftigkeit, Wertschätzung und echtes Interesse am gemeinsamen Ergebnis. „Wir wollen gemeinsam etwas bewegen." Die Werte und Sichtweisen der anderen sind genauso berechtigt wie die eigenen, gegenseitiges Zuhören gehört zum 1x1 der Beteiligung. Der Weg ist Teil des Ziels und fördert Verständnis und Vertrauen.

- **Um Emotionen und Beziehungen kümmern:** Mit Begeisterung ans Werk statt mit Angst. Eine Atmosphäre für ein positives Miteinander schaffen, das löst viele Konfrontationen von Beginn an. Konflikte als Chance begreifen, Mut beim Umgang mit Wut, Verzicht und Scheitern. Konsens herstellen ist eine Leistung – feiern wir die Ergebnisse!

- **Die Zeit im Blick haben:** Zeit und Geduld investieren. Den richtigen, möglichst frühen Zeitpunkt finden. Schlüssige und transparente Zeitabläufe festlegen. Kurze, kompakte Formate finden und unterschiedlich zeitintensive Formen anbieten.

- **Die richtigen Formate benutzen:** Weg von der Turnhallenschlacht, vom „Wir da vorne, ihr da unten". Dorthin gehen, wo die Menschen sind. Neue Räume nutzen, spannende Methoden, die auch Spaß machen dürfen. Zeichnen und bauen, essen und trinken und dabei gemeinsam in die Aufgabe eintauchen.

- **Informiertheit sicherstellen:** Ein einheitlicher Informationsstand ist Basis für den konstruktiven gemeinsamen Diskurs. Sonst beruht das Ergebnis mehr auf Zufall und Partikularinteressen als auf einem ernsthaften Aushandlungsprozess. Alle Perspektiven und Bedürfnisse, Inhalte und Hintergründe müssen offen und gut verständlich auf den Tisch.

- **Die richtige Sprache sprechen:** Es braucht Profis, die die Werkzeuge kennen, Beteiligungsprozesse strategisch planen und professionell aufziehen – wie das Bauprojekt selbst. „Keep it simple", aber professionell: Den Prozess gut erklären und auffällig und lautstark vermarkten.

SO WIRD'S GEMACHT: BEISPIELE AUS DREI GEMEINDEN

BEISPIEL 1

Wohnen in der Ortsmitte

Bad Feilnbach, Oberbayern

In Bad Feilnbach in Oberbayern soll auf einer zentralen Fläche in der Ortsmitte „Wohnen und Leben" entstehen. Erworben hat das 5.000 m² große Grundstück ein Projektentwickler aus der Region.

In Bad Feilnbach in Oberbayern soll auf einer zentralen Fläche in der Ortsmitte „Wohnen und Leben" entstehen. Erworben hat das 5.000 m² große Grundstück ein Projektentwickler aus der Region, um dort Wohnen und Leben, Versorgen und Freiraum zu verwirklichen, lebendig und mit Qualität – und vor allem bedarfsgerecht. Dafür setzten Gemeinde und Projektentwickler von Anfang an auf die Beteiligung der Bürgerschaft. Unter fachkundiger Begleitung von Partizipationsexperten fand diese offen für den ganzen Ort in zwei Schritten statt: eine eineinhalbtägige Ideenwerkstatt und eine halbtägige Planungswerkstatt. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser beiden Werkstätten arbeitete im Anschluss ein Architekturbüro den städtebaulichen Entwurf für das Grundstück aus. Immer mit dabei waren der Projektentwickler, der Bürgermeister, Vertreter des Gemeinderats und die Architekten. So war sichergestellt, dass der Bedarf und die Vorstellungen aus der Bürgerschaft auch direkt bei denen ankommen, die letztendlich planen und entscheiden.

Bürger als Architekten im Einsatz

BEISPIEL 2

Baugemeinschaft als Quartiersentwicklung

Pressbaum, Niederösterreich

In Pressbaum wurden auf einem Grundstück von rund 14.000 m² zehn zwei- und dreigeschoßige Wohnhäuser und ein Gemeinschaftshaus errichtet, die sich in zwei Reihen entlang der Hangneigung um einen zentralen Dorfplatz gruppieren.

Einer Gruppe von engagierten Menschen wurde es ermöglicht, in Pressbaum, 20 Kilometer westlich von Wien, auf dem Pfarrgrund bedarfsgerechten und maßgeschneiderten Wohnraum zu schaffen. Auf einem Grundstück von rund 14.000 m² wurden zehn zwei- und dreigeschoßige Wohnhäuser und ein Gemeinschaftshaus errichtet, die sich in zwei Reihen entlang der Hangneigung um einen zentralen Dorfplatz gruppieren. Von Planungsbeginn an ein großes Anliegen war der Baugruppe, zehn Prozent der Gesamtwohnfläche für gemeinschaftliche Nutzung zu widmen. Entstanden ist ein Gemeinschaftshaus mit Veranstaltungsraum, Gemeinschaftsküche, Aufenthaltsräumen und Gästewohnung sowie ein großer gemeinsamer Garten statt vieler kleiner, privater Gärten. Etwa hundert Personen sind im Frühjahr 2018 nach Pressbaum gezogen: junge Familien, Paare und Singles unterschiedlichen Alters. Eine Wohneinheit wurde für eine Flüchtlingsfamilie freigehalten und finanziert. Dank vielfältiger Unterstützung und einer erfolgreichen Crowdfunding-Kampagne hat eine geflüchtete Familie die Möglichkeit erhalten, in der neuen Heimat stabile Wurzeln zu schlagen.

BEISPIEL 3

Leer stehende Wurstfabrik wird urbaner Lebensraum

Illingen, Saarland

Das Gesicht der Illinger Ortsmitte verändert sich derzeit von Tag zu Tag. Teile der alten Industriekultur werden neu genutzt, einige Ruinen des Höll-Geländes sind verschwunden und erste sichtbare neue Räume sind begehbar.

Die Gemeinde Illingen im Saarland mit rund 16.000 Einwohnern kümmert sich schon länger um ein aktives Leerflächenmanagement und besetzt hier die überregionale Pionierrolle. Mit mutigen Kampagnen („Bin zu haben“ oder „Ich bin als nächstes dran“) konnte eine Sensibilisierung in den Köpfen der Bevölkerung erreicht werden. Auch der Kampf gegen die Errichtung eines großen Einkaufszentrums auf der grünen Wiese wurde durch intensiven Einsatz der politisch Verantwortlichen vorbildhaft abgewendet.

Der größte Knackpunkt war aber über viele Jahre das Projekt rund um das leer stehende Fabriksgelände einer ehemaligen Wurstfabrik, das sogenannte Höll-Areal. Seit dem Jahr 2001 stand das über 40.000 m² große, inmitten der Ortsmitte und direkt an den Marktplatz anschließend gelegene Verwaltungs- und Produktionsgebäude leer. Nach mehr als zwölf Jahren Stillstand nahm die Kommune die Zügel in die Hand und ging mit einem sehr breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess mutig in Vorleistung. In einem wahren Ideenfestival mit sehr hoher Beteiligung entwickelten Bürgerinnen und Bürger mit der nonconform ideenwerkstatt neue Nutzungskonzepte und Gestaltungsvorschläge für die Zukunft der Ortszentrums mit Schwerpunkt auf Nach- und Umnutzung der alten Fabrik. Ein gemeinsames großes Ziel wurde schließlich zum Motor für Entwicklung und Umsetzung. Eine Mischung aus privaten, institutionellen und öffentlichen Bauherren investierte rund 40 Millionen Euro und ist derzeit dabei, die Vision Realität werden zu lassen. Die ersten Projektteile werden 2019 fertiggestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Gesicht der Illinger Ortsmitte verändert sich derzeit von Tag zu Tag. Teile der alten Industriekultur werden neu genutzt, einige Ruinen des Höll-Geländes sind verschwunden und erste sichtbare neue Räume sind begehbar. Ein attraktives neues Zentrum entsteht: Wohnen, Einkaufen, Arztbesuche, Kneipe, Essen und Trinken – alles auf kurzem Weg mitten im Zentrum und über Treppe und Aufzug geht’s zu Bahn und Bus. Es ist ein innovatives Generationen-Konzept und ein Magnet für das ganze Illtal.

Ein Interview mit dem Bürgermeister von Illingen lesen Sie auf den Seiten 44 und 45.

FOTOS // nonconform // Gemeinde Illingen // Bad Feilnbach

FOTO // © Carsten Simon

INTERVIEW

„WER KEIN RISIKO EINGEHT, **KANN KEINEN FORTSCHRITT ERZEUGEN“**

Für KOMMUNAL sprach Roland Gruber mit Armin König, Bürgermeister der Gemeinde Illingen (Saarland, 16.000 Einwohner:innen), über Herausforderungen, die auf Gemeinden zukommen.

Über Jahrzehnte war das Verhältnis zwischen Stadt und Land von einer Urbanisierungswelle geprägt. Warum soll ausgerechnet jetzt das Land wieder so attraktiv sein, dass Menschen hier wohnen und arbeiten wollen?
ARMIN KÖNIG: Ich glaube im Sinne des Shareholder-Value, dass der Wert der Ökologie und des Klimaschutzes, der Gesundheit und des Sozialen – also alles, was bislang nicht bilanziert wird – ein ungeheures Potenzial für uns als Region ist. Ob das aber dauerhaft gegen die Urbanisierung ankommt, ist heute nicht abschätzbar.

Was sind dabei die größten Herausforderungen?
Wir verwalten uns immer noch wie im 19. Jahrhundert. Wenn wir die Digitalisierung der Verwaltung ernst nehmen, könnten wir im Saarland 20 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Die algorithmenbasierte Verwaltung wird kommen und wir werden uns komplett neu aufstellen. Bürgermeister müssen Manager der Transformation sein und sich als Zukunftsgestalter verstehen.

Wie entstehen bei Ihnen neue Projekte?
Unsere Leerstandsarbeit hat mit einer Diplomarbeit begonnen. Ich hatte Zweifel, ob das Thema überhaupt für uns relevant ist. Die Studentin hat dann 80 Leerstände entdeckt. Daraufhin haben wir den Mut aufgebracht, diese Problemlage mit einer Kommunikationskampagne bewusst zu machen. Mit Slogans wie „Ich bin als nächstes dran“, „Mich hat’s auch erwischt“ oder „Bin zu haben“. Heute haben wir fast keinen Leerstand mehr.

Die Zukunftsentwicklung unter Einbeziehung der Bevölkerung stellt für eine Gemeinde einen erheblichen Mehraufwand dar. Warum tun Sie sich das an?
Wir sind als Verwaltung allein nicht weitergekommen, haben uns über Jahre im Kreis gedreht. Erst ein breit angelegtes Öffentlichkeitsbeteiligungsprojekt mit professioneller Begleitung durch nonconform, ein auf partizipative Zukunftsraumentwicklung spezialisiertes Top-Büro aus Österreich, hat den Grundstein für die komplette Neuausrichtung unserer Ortsmitte gelegt, weil wir die Fläche einer riesigen, zwölf Jahre leer stehenden Wurstfabrik inmitten des Zentrums neu entwickeln konnten: Wohnen, Einkaufen, Arztbesuche, Kneipe, Essen und

ZUR PERSON
Dr. Armin König, Bürgermeister der Gemeinde Illingen, ist derzeit dienstältester Bürgermeister im Saarland und (seit 2012) Präsidiumsmitglied des Saarländischen Städte- und Gemeindetags. Der passionierte Klavierspieler und Autor („Bürger und Demographie: Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel“, Merzig Gollenstein, 2011) hält den Rekord, als einziger Bürgermeister im Saarland von der Bevölkerung viermal direkt gewählt zu sein (bis 2025).

Ich möchte, **dass es meinem Ort und der Bevölkerung gut geht**, und attraktive Lebensräume schaffen."

Armin König, Bürgermeister von Illingen im Saarland

FOTO // Thomas Keller/

Trinken – alles auf kurzem Weg mitten im Zentrum. Wenn man sich mit einem Projekt identifiziert, ist man auch bereit, Zeit aufzubringen.

Hatten Sie am Anfang gedacht, dass ein positiver Impuls, ein Umschwung so viel Arbeit erfordert?

Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die Aktivierung des Zentrums mit so viel Arbeit verbunden sein wird. Die Mühen bestehen darin, Flächen zu erwerben oder nutzen zu können, die eigentlich in Schutt und Asche liegen und bei deren Eigentümern kein Verantwortungsgefühl vorhanden ist. Das zweite große Problem ist die Finanzierung. Wenn Kommunen Geld haben, können sie kaufen, ansonsten brauchen sie Investoren. Wir brauchten Investoren, sind aber bei der Auswahl von Geldgebern unserem Anspruch treu geblieben. Dann dauert eine gesicherte Finanzierung. Und parallel haben wir den Kampf gegen ein großes Einkaufszentrum gewonnen, das man uns auf die grüne Wiese setzen wollte. Dies hätte alle unsere Bemühungen um ein lebendiges Zentrum vernichtet. Mit politischen Mitteln auf Gemeindeebene haben wir nichts erreicht, erst mit einem Gegengutachten konnten wir auf Augenhöhe kämpfen. Als das auch nicht fruchtete, sind wir in die Medien gegangen und wurden so bis nach Berlin getragen. Damit hatten wir die Transparenz, die wir brauchten. Von höchster Stelle ist dann gegen das Einkaufszentrum entschieden worden.

Was motiviert Sie für Ihre Initiativen und was sind Ihre Zukunftswünsche?

Ich habe eine große Vision im Kopf, die auch Rückschläge aushält. Ich möchte, dass es meinem Ort und der Bevölkerung gut geht, und attraktive Lebensräume schaffen. Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist das Eigentliche und wir müssen dabei den digitalen Raum viel mehr mitdenken. Bildlich gesprochen: Im Wirtshaus erreicht man hundert Leute, im digitalen Wirtshaus ein paar tausend. Und ich wünsche mir, dass die Zahl der Bedenkenträger abnimmt. Wer kein Risiko eingeht, kann keinen Fortschritt erzeugen. Wir sind als Kommune bis an die Grenze und manchmal darüber hinaus gegangen, weil wir ein Ziel vor Augen hatten. Und man muss auch den Mut haben, Fehler zu korrigieren, über den Schatten zu springen und sich selbst zu korrigieren.

Illingen startete den Kampf gegen den Leerstand mit einer Abrissparty. „Unsere Leerstandsarbeit hat mit einer Diplomarbeit begonnen. Ich hatte Zweifel, ob das Thema überhaupt für uns relevant ist. Die Studentin hat dann 80 Leerstände entdeckt", erzählt Bürgermeister Armin König.

NATUR IM GARTEN

MEHR WIESEN IN GEMEINDEN

Mehrjährige Naturwiesen bestehen aus Pflanzengemeinschaften heimischer Wildpflanzen, die sich über Jahrzehnte durch extensive Bewirtschaftung entwickelt haben. In Zeiten des Insekten- und Vogelsterbens sind insektenschonend gepflegte Naturwiesen wahre Oasen der Vielfalt und eine klimawandelangepasste Möglichkeit der Grünraumgestaltung. Im Gegensatz zu Beton heizen sich die Flächen nicht auf. Viel besser: Sie kühlen die Umgebung, fördern die Artenvielfalt und nehmen Regenwasser gut auf. Wasser, Dünger und Arbeitszeit können auf regionaltypischen Wiesen eingespart werden.

Entwicklungs- und Dauerpflege. Nach Neuansaaten zwischen August und Ende März müssen die Flächen in der darauffolgenden Vegetationsperiode aufmerksam beobachtet werden. Die Entwicklung von Naturwiesen braucht vor allem Zeit. Im ersten Jahr sind eventuell mehrere Pflegedurchgänge zur Entfernung unerwünschter Samen- und Wurzelunkräuter nötig. Stumpfblättriger Sauerampfer, Quecke oder Weißklee sollten ausgestochen werden. Bei flächiger Entwicklung von Samenunkräutern wie Melde oder Hohlzahn kann es sinnvoll sein, mit möglichst großer Schnitthöhe einen sogenannten Schröpfschnitt durchzuführen und das anfallende Mähgut abzutransportieren.

Bei der Dauerpflege reduzieren sich die Pflegemaßnahmen auf die Mahd und den Abtransport des getrockneten Mähguts. Je nach Standort und Niederschlagsmenge werden die Wiesenflächen ein bis zweimal pro Jahr gemäht, um sie unter anderem vor Verbuschung zu bewahren.

INFOS & KONTAKT
Mehr Information erhalten Sie beim „Natur im Garten"-**Grünraumservice unter 02742/74333** oder per E-Mail unter **gartentelefon@naturimgarten.at**

Das Projekt „ATCZ234 - SYM:BIO" wird von der EU durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Programms INTERREG V-A Österreich-Tschechien 2014-2020 kofinanziert. Mehr Infos unter **www.naturimgarten.at/projekt-sym-bio.html**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

Neues Leben in unseren Ortschaften

Dieses Mal setzt sich die Ausgabe des KOMMUNAL mit der Ortsteilerneuerung auseinander: ein durchaus kontrovers diskutiertes Thema in den Kommunen. Inhaltlich geht es dabei um die Bereiche Attraktivierung und Modernisierung der Ortsteile, aber auch um formelle Themen wie Vergabe, Bauaufsicht und Finanzen. In vielen Gemeinden stehen Erneuerungen an, das Spektrum reicht von brachliegenden Industriegebieten bis hin zu historischen Bauten. Die unterschiedlichen Gegebenheiten erfordern ein hohes Maß an Vorausplanung, um zu zeitgemäßen und ästhetischen Ortsteilen zu gelangen. Die wichtigsten Punkte sind deshalb ein Generalplan, wie die Gemeinden und Städte auf mittel- und langfristige Sicht aussehen sollten, die Auslotung der finanziellen Möglichkeiten und etwaiger Förderungen und die direkte Bürgerbeteiligung.

Laut dem aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend beziehen die Gemeinden immer öfter die Bürger:innen in den Prozess der Ortsteilerneuerung ein und investieren dabei bis zu 280 Millionen Euro jährlich. Aufgrund dieser Partizipation können die Bedürfnisse der Bevölkerung bereits im Planungsprozess berücksichtigt werden. Somit bekommen bisher vernachlässigte Ortsteile eine „Auffrischung“, etwa mit Geschäften des täglichen Bedarfs, Gastronomie oder Wohnbau und Bildungseinrichtungen.

Bei diesen Modernisierungen muss aber vor allem auch auf das Thema Verkehr geachtet werden. Denn die besten Ideen sind ohne Erschließung des öffentlichen Verkehrsnetzes inklusive neuer Geh- und Radwege nur wenig sinnvoll. Die Umsetzung dieser Maßnahmen fördert die Entstehung von lebendigen und attraktiven Ortsteilen, die in weiterer Folge den Zuzug neuer Bürger:innen bedeuten. Aber auch der ansässigen Bevölkerung wird mit der Erneuerung eine proaktive und zukunftsgerichtete Gemeindepolitik signalisiert.

office@pitters.at
www.pitters.at

Amiblu®

Abwasserkanäle und Entwässerungssysteme die nie korrodieren!

GFK-Rohrsysteme
Komplette Systemlösung aus 1 Hand

- 10x leichter als Beton
- Korrosionsfrei
- Durchmesser DN 300 - 4000 mm
- Schachtbauwerke bis DN 3600 mm
- Einfache Verlegung in jedem Gelände
- Mehr als 150 Jahre Lebensdauer

Pipes designed for generations

austria@amiblu.com I www.amiblu.com

ARGE QUALITÄTSGRUPPE WÄRMEDÄMMSYSTEME

VON DER BESTEN SEITE ZEIGEN

Viel Gestaltungspotenzial liegt in Gebäudefassaden. Aber auch in und hinter einer Fassade ist einiges rauszuholen: Gemeinden können sich als zentraler Akteur für eine energieeffiziente Zukunft positionieren. Ihre Mittel dazu sind Weitsicht, Know-how, Gebäudebestand & Förderungen.

FOTO // © Martin Vandory

Für den ETHOUSE Award 2022 nominiert: Franzosen Häuser in Innsbruck

Fassaden sind das gestaltete Gesicht eines Gebäudes. In ihrer Gesamtheit bestimmen sie die Anmutung eines Ortes, und die wirkt direkt auf die Zustimmung oder Ablehnung der Menschen. Wir wollen uns wohlfühlen in unserer gebauten Umwelt. Daher muss eine moderne Fassade zahlreiche Aufgaben erfüllen.

Fassadenlösung. Eine Gebäudehülle ist ein Wärme- und Kälteschutz, das verspricht Behaglichkeit rund ums Jahr. Sie stiftet mit ihrer Optik auch Identität. Regionale Eigenheiten, historische Bausubstanz und moderne Architektur können in brillanter Komposition miteinander stehen und zudem eine hohe Energieeffizienz haben. Das beweisen die preisgekrönten Projekte des ETHOUSE Awards – der Preis für energieeffiziente Sanierungen der ARGE Qualitätsgruppe Wärmedämmsysteme. Beispiele sind der Kremser Sternhof oder die aktuell nominierten Franzosenhäuser in Innsbruck (siehe Fotos).

Kommunales Sanierungspotenzial. Die thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden – wie Dienstleistungsgebäude, Schulen, Kulturbauten –, hängt klar von den Investitionsmöglichkeiten der Gemeinde ab. Dasselbe betrifft die circa 170.000 Wohneinheiten österreichweit, die in Gemeindeeigentum sind und als sanierungsbedürftig eingeschätzt werden (Forschungsinstitut für Immobilien, Bauen und Wohnen).

> „Was für thermische Gebäudesanierung gilt, gilt auch im Neubau: **Die Qualität in der Planung, Ausführung und Wartung muss stimmen.“**

Die Praxis zeigt für Kommunen einige Herausforderungen bei Investitionsprojekten: Finanzierung, Expertise, Verwaltungsaufwand. Doch es gibt Unterstützung in vielerlei Hinsicht, u. a. finanzielle Unterstützung über Bundesförderungen, Impulse via Ökosozialer Kompass, Beratung via e5, dem Programm für energieeffiziente Gemeinden.

Klimafitten Ortskern fördern lassen. Momentan stehen auch erhöhte Förderungen für die thermische Sanierung von betrieblich und kommunal genutzten Gebäuden in Ortskernen zur Verfügung. Für die Maßnahme „Klimafitte Ortskerne“ ist bis 2026 in der Umweltförderung Inland (UFI) ein Förderungsvolumen von insgesamt 40 Millionen Euro aus Mitteln des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (ÖARP) vorgesehen.

Was für thermische Gebäudesanierung gilt, gilt auch im Neubau: Die Qualität in der Planung, Ausführung und Wartung muss stimmen. Nur so geht Nachhaltigkeit und wird auch unseren nachkommenden Generationen dienen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTO // © Werner Jäger/GEDESAG

Lobende Erwähnung „Wohnbau & Denkmalschutz" ETHOUSE Award 2018: Kremser Sternhof

MEHR INFOS
Bundesförderung für thermische Gebäudesanierung: **umweltfoerderung.at**

Zuschüsse aus dem kommunalen Investitionsprogramm: **buchhaltungsagentur.gv.at**

Umweltförderung **umweltfoerderung.at/gemeinden.html**

Ökosozialer Kompass für Gemeinden: **oekosozial.at**

Programm für energieeffiziente Gemeinden (e5): **e5-gemeinden.at**

ETHOUSE Award 2022: **ethouse.waermedaemmsysteme.at**

ARGE Qualitätsgruppe Wärmedämmsysteme **waermedaemmsysteme.at**

„Für die Maßnahme „Klimafitte Ortskerne" ist bis 2026 ein **Förderungsvolumen von insgesamt 40 Millionen Euro vorgesehen."**

Qualitätsgruppe WÄRMEDÄMMSYSTEME

GEMEINDEKARTE

SMARTE DIGITALISIERUNG FÜR KOMMUNEN:

MIT DER GEMEINDEKARTE VERWALTET SICH VIELES WIE VON SELBST

Eine Karte, alles erledigt: Ob Zutrittskontrolle, Rabatt- und Bonuspunktesysteme für den lokalen Handel oder papierlose Abwicklunig von Angeboten für Bürger*innen – die Gemeindekarte ist das Einzige, was Sie für all das noch brauchen.

- PAPIERLOS UND CLOUDBASIERT
- MIT BELIEBIGEN ENDGERÄTEN NUTZBAR
- DSGVO-KONFORM

Die Gemeindekarte mit NFC-Chip verbindet Menschen und Kommunen, fördert regionale Betriebe und kann so gut wie jeden Service der Gemeinde vereinfachen. Ihre Herstellung? Nachhaltig!

Die Gemeindekarte ist im wörtlichen Sinne auch ein Türöffner: „Die erste Anwendung der Gemeindekarte war, den Zutritt zu Altstoffsammelzentren zu kontrollieren. Aber Müll ist ja nicht alles im Leben", weiß Harald Klein von Variuscard, und weiter: „Wir bieten unseren Service bewusst in praktischen Modulen an, sodass jede Gemeinde oder Kleinregion den gewünschten Funktionsumfang selbst wählen kann."

KONTAKT
Gleich kostenlose Online-Demo buchen!
www.gemeindekarte.at

VERANTWORTUNG UND EFFIZIENZ IM FINANZIERUNGSMANAGEMENT

WENIGER RISIKO DURCH SPEZIALISTEN

Die Covid-19-Krise stellt die Gemeinden vor große Herausforderungen und verlangt von den Verantwortlichen noch mehr Effizienz, Nachhaltigkeit und Resilienz. Das betrifft auch die Gemeindefinanzierung.

Während Einnahmen pandemiebedingt einbrechen, stehen zukünftig höhere Ausgaben und auch Investitionen in die Infrastruktur an. Auch wenn die aktuellen Gemeindepakte kurzfristig unterstützen, wird der Anteil an Abgangsgemeinden steigen. Aus diesem Grund ist mehr Effizienz erwünscht. Überfällige Strukturreformen sollten nun eingeleitet werden, um die beträchtlichen Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor zu nutzen.

Komplexer Kompetenzbereich. Angefangen bei der Beratung und Entscheidung über die Durchführung und Vergabe von Bauprojekten, wie z. B. der dringend erforderlichen Sanierung des Gemeindezentrums oder dem längst geplanten, jedoch heftig umstrittenen Neubau der Sportanlage, haben unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich einen großen sowie komplexen Kompetenzbereich.

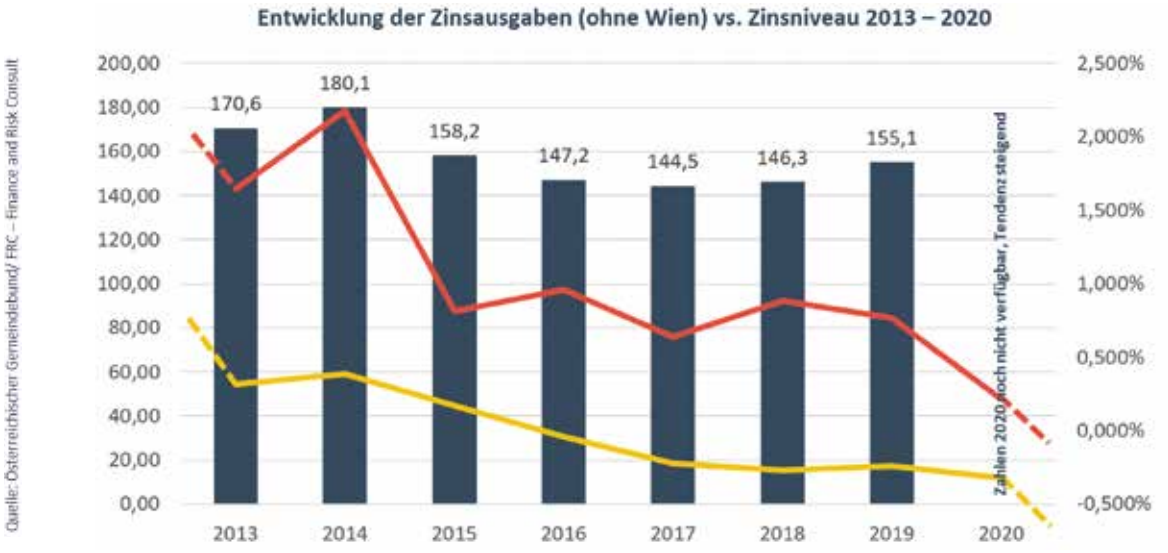
Kurz gesagt: Bürgermeister:innen stellen das leitende Oberhaupt der Gemeinde dar und vertreten diese mit bestem Wissen und Gewissen nach außen. Folglich fällt auch das gewissenhafte und effiziente Management des Gemeindebudgets und somit der kommunalen Finanzierungen letztendlich in den Verantwortungsbereich des Gemeindeoberhaupts – wenngleich dieses bei der tatsächlichen Pflege des Finanzierungsportfolios auf Unterstützung durch fachlich kompetente Finanzreferenten bauen kann. Auch – oder gerade wegen – dieser Konstellation gerät das eigentliche Ziel, das primär die Effizienz in Hinblick auf den Zinsendienst und die Vertrags- beziehungsweise Laufzeitgestaltung sein sollte, oftmals außer Acht.

Gibt es eine Wechselwirkung beim Zinsendienst? Die Grafik oben zeigt die mögliche Wechselwirkung eines effizienten Kapitalmarkts und der kommunalen Zinsausgaben. Wie ersichtlich ist, sind die Zinsausgaben deutlich weniger gesunken als das allgemeine Zinsniveau – und das bei Vorhandensein überwiegend variabler Finanzierungen. Obwohl sowohl die EURIBOR-Sätze als auch die langfristigen Zinssätze (SWAP-Sätze) in den letzten Jahren nicht nur dramatisch gefallen, sondern auch unter die magische Null-Prozent-Grenze gesunken sind, konnten die Zinsausgaben der Gemeinden bei einem durchschnittlichen Schuldenstand ohne Wien von rund 11,4 Milliarden Euro (oder rund 1.670 Euro pro Einwohner) im Zeitraum von 2013 bis 2019 nur unwesentlich reduziert werden. Der absolute Zinssatz der kommunalen Finanzschulden liegt im Jahr 2019 noch bei rund 1,3 Prozent. Im Vergleich dazu ist der 6M-EURIBOR zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich unter null Prozent gelegen.

Was kann man tun? Wo liegen mögliche Einsparungen? Diese Fakten weisen auf deutliche Ineffizienzen in der Kommunalfinanzierung hin. Auf Basis dieser Umstände hat der Finanzdienstleister FRC Finance & Risk Consult ein Analyseprodukt entwickelt, das durch den schrittweisen Durchführungsprozess eine regelmäßige Einbeziehung unserer Kundenwünsche vorsieht. Dadurch ist eine maßgeschneiderte Vorgehensweise bei der Umsetzung der erarbeiteten Optimierungsmöglichkeiten gegeben. Abgerundet wird die Analyse mit einem umfassenden Analysebericht.

Die FRC ist zu dem Ergebnis gekommen, dass bei den bestehenden Finanzierungen ein hohes

> „**Letztendlich leisten optimale Gemeindefinanzen** einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung von kommunalen Projekten und damit zu einer bewussten, leistbaren Daseinsvorsorge.“



Einsparungspotenzial existiert. Daraus ergibt sich ein abgeleitetes absolutes Potenzial von 250 bis 350 Millionen Euro über die Restlaufzeit der Finanzierungen oder rund 20,0 bis 40,0 TEUR pro einer Million Euro Schuldenstand. Daneben steht auch die vertragliche Ausgestaltung im Fokus der Portfolioanalyse. Der vertraglichen Effizienz sollte eine ebenso große Aufmerksamkeit beigemessen werden. Natürlich ist uns auch die Refinanzierungssituation der Banken bewusst und wir berücksichtigen diese.

Berichtswesen und nachgelagerte Prüfung. Zusätzlich hat sich besagter Analysebericht bei Kunden sowohl als Kontrollinstrument als auch objektiver Prüfbericht für externe Behörden mehrfach bewährt. Darüber hinaus ist anzumerken, dass die erstmalige Regelung der Veröffentlichungspflicht der Haushaltsbeschlüsse von Ländern und Gemeinden durch den Stabilitätspakt 2012 sowie die aktuell gültige Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) Gemeinden verpflichtet, Teile des Rechnungsabschlusses und des Voranschlags barrierefrei im Internet zu veröffentlichen.

Da die gegenständliche Verordnung ohnehin eine Veröffentlichung des bestehenden Schuldendienstes im Voranschlagsjahr mit Angaben wie u. a. Tilgung, Zinsen, Schuldendienst insgesamt, Laufzeit … [§5(3)3. (Anlage 6c)] vorsieht, wäre eine bewusste Darstellung der erzielten Einsparungen auf der Gemeindehomepage nur eine von vielen Möglichkeiten. Aufgrund der Tatsache, dass die effiziente Verwaltung der Gemeindefinanzierungen im Fokus der Öffentlichkeit steht, sind solche Maßnahme überlegens- beziehungsweise wünschenswert.

Green Finance und personalisierte Digitalisierung bringen Vorteile. Angesichts der Aufgaben, die z. B. mit dem Klimawandel vor uns liegen, ergeben sich auch finanzielle Herausforderungen. Nachhaltigkeit wird auch in der Kommunalfinanzierung ein großes Thema. Unter dem Sammelbegriff Green Finance passt die Europäische Union permanent ihre gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich klimatechnischer und sozialer Nachhaltigkeit in Finanzierungsfragen an.

Neben den Herausforderungen der Infrastruktur gilt die Digitalisierung als große Aufgabe für die Kommunen. Bisher lag der Fokus der Digitalisierung stärker auf den Prozessen in Richtung der Bürger. Doch in manchen Bereichen sind die Gemeinden nach wie vor „old-school“. Beim Thema Finanzierung und insbesondere beim Ausschreibungsprozess herrschen heute teilweise noch anachronistische Verhältnisse. Kreditausschreibungen fallen zwar nicht in das klassische Vergaberecht, dennoch müssen Angebote nachvollziehbar und transparent eingeholt sowie dokumentiert werden; auch Ausschreibungen per E-Mail landen am Ende des Tages oft ausgedruckt im Aktenordner. Finanzierungsplattformen bieten dabei den Finanzabteilungen vorteilhafte Digitalisierungswege.

Reduktion der Haftungsrisiken. Letztendlich leisten optimale Gemeindefinanzen einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung von kommunalen Projekten und damit zu einer bewussten, leistbaren Daseinsvorsorge. Durch den Einsatz von externen Spezialisten wird nicht nur die Zinsbelastung der Finanzierungen, sondern auch das Haftungsrisiko deutlich reduziert sowie die Nachhaltigkeit gesteigert.

MAG. HEINZ HOFSTAETTER IST GESCHÄFTSFÜHRER UND **MANUEL KLAUS** IST FINANCIAL CONSULTANT BEI DER FRC – FINANCE & RISK CONSULT GMBH
support@frc.at

FOTO: //urban future.org

BÜRGERBETEILIGUNG IN GEMEINDEN

VON SCHLAFLOSEN NÄCHTEN ZUM ERFÜLLTEN TRAUM

Welche Ansprüche stellen Bürger:innen an Entscheidungsprozesse in ihren Gemeinden? Wie viel Mitgestaltungsrecht sollte ihnen eingeräumt werden – und wie?

Wissen Bürger:innen denn immer, was der richtige Weg ist, und was tun gegen die ewigen Störenfriede, die ein konstruktives Vorankommen verhindern oder zumindest verzögern? Ein Blick in zwei Städte zeigt, was gerne übersehen wird und was man auf jeden Fall beachten sollte.

Ein Blick nach Toronto: Wer beteiligt sich an Bürgerbeteiligungsprozessen? Jennifer Keesmaat, ehemalige Stadtplanerin in Toronto, hat umfassende Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozessen gesammelt und gelernt, dass eine rege Beteiligung noch nicht automatisch der Schlüssel zum Erfolg ist. Das Augenmerk muss vielmehr immer auch darauf liegen, WER sich beteiligt – und nicht nur darauf, WIE VIELE sich beteiligen.

Eine Analyse abgeschlossener Beteiligungsverfahren zeigte, dass die Gruppen nur in Ausnahmefällen die Struktur der jeweiligen Stadtviertel widerspiegelten und daher ein recht einseitiges Bild lieferten. Die Lösung: eine Bürger:innen-Expertengruppe, die via Losungsverfahren unter Berücksichtigung von Faktoren wie etwa Alter, Geschlecht oder Einkommensniveau zusammengestellt wird, um eine angemessene Repräsentation der Bevölkerung zu gewährleisten.

„Lessons learnt" in Lahti, Finnland: von lauten Störenfrieden und der leisen Mehrheit. Anna Huttunen, verantwortlich für die Entwicklung des ersten nachhaltigen Mobilitätsplans in Lahti, weist auf die Rolle der (sozialen) Medien in der Meinungsbildung hin. Es ist verführerisch für politische Entscheider:innen und Medienvertreter:innen, Stimmungsbilder aus sozialen Medien aufzugreifen und als Abbild der Meinung der Gesamtbevölkerung zu sehen.

Das bedeutet aber, dass man einer verhältnismäßig kleinen Gruppe das größte Gehör gibt: Naturgemäß schreien die, die nicht einverstanden sind, am lautesten; zudem werden Diskussionen in sozialen Medien stark emotions- und nicht faktenbasiert geführt. Was in den Hintergrund rückt, ist die leise Mehrheit, die mit den vorgeschlagenen Veränderungen einverstanden ist oder sie begrüßt. Bei Gegenwind empfiehlt sie daher, die Störenfriede im Verhältnis mit der leisen Mehrheit zu betrachten und letztere zu aktivieren. K

.

Europas größtes Event für nachhaltige Städte findet heuer im schwedischen Helsingborg statt. www.urban-future.org

„Wie jedes Jahr tauschen sich auf der Urban Future auch heuer wieder **die aktivsten Veränderer von Städten über kritische Fähigkeiten wie Bürgerbeteiligung aus.**"

FAMILIE & BERUF MANAGEMENT GMBH

familienfreundlichegemeinde

Bundeskanzleramt

Für ein familienfreundliches Österreich.

Familienfreundlichkeit bringt Vorteile - Für den Standort und die Bürgerinnen und Bürger.

Familienfreundlichkeit lohnt sich
Die Gemeinde, die Bürgerinnen und Bürger, jung oder alt, alle profitieren von familienfreundlichen Maßnahmen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Mit der Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnort lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen.

Die Zertifizierung
familienfreundlichegemeinde ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung familienfreundliche Maßnahmen in den Gemeinden zu verankern. Nach erfolgreichem Abschluss des Zertifizierungsprozesses, der europaweit als Vorzeigebeispiel gilt, wird die Gemeinde mit dem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet.

Die Zertifikatsverleihung
Die feierliche Übergabe der Zertifikate fand digital am 20. Januar 2022 in Wien statt. Dabei verlieh die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt gemeinsam mit dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes sowie der Geschäftsführung von UNICEF Österreich an insgesamt 100 Gemeinden und fünf Regionen das staatliche Gütezeichen familienfreundlichegemeinde bzw. familienfreundlicheregion.

70 der ausgezeichneten Gemeinden erhielten das UNICEF-Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde". Um die zusätzliche Auszeichnung zu erhalten, müssen im Rahmen der Zertifizierung Maßnahmen in speziellen kinderrechtsrelevanten Themenbereichen gesetzt werden. Die Auszeichnung leistet einen wesentlichen Beitrag um die Kinderrechte in Österreich verstärkt ins Bewusstsein zu rücken.
Von einem familienfreundlichen Standort profitieren nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sondern auch die lokale Wirtschaft. Vor allem aber setzen familienfreundliche Gemeinden ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal, denn sie zeigen die Wichtigkeit des Themas auf und das über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg.

Familienfreundliches Österreich
Insgesamt haben österreichweit bereits über 600 Gemeinden sowie 13 Regionen an der Zertifizierung familienfreundlichegemeinde bzw. familienfreundlicheregion teilgenommen, das sind rund 30 Prozent aller österreichischen Gemeinden. Somit werden bereits über 2,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger, also ein Drittel der Gesamtbevölkerung, von den familienfreundlichen Maßnahmen erreicht.

Alle Informationen zur Zertifizierung, sowie Bilder zur Veranstaltung finden Sie auf **www.familieundberuf.at**

© Harald Schlossko

Bezahlte Anzeige

Mehr Informationen auf www.familieundberuf.at

FOO // mall

STARKREGEN, VERKEHRSFLÄCHEN, GRUNDWASSERNEUBILDUNG

REGENWASSER IM TUNNEL: **WOLLEN WIR DAS?**

Tunnel und Unterführungen im Straßenverkehr bergen bei Starkregen ein besonderes Risiko. Laufen sie mit Regenwasser voll, stecken die Verkehrsteilnehmer in der Falle.

TEXT // KLAUS W. KÖNIG

Kommunen tun gut daran, beides zugleich im Blick zu behalten: die Dürre als Folge der Trockenheit und lokale Überflutungen als Folge von Starkregen. „Nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb Österreichs gab es große Unterschiede: So war der Juli 2021 im Süden Österreichs zu trocken, andernorts führten Unwetter zu extremen Regenmengen“, meldete Anfang September 2021 die österreichische Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien. „Unter anderem in Kufstein und Amstetten wurden sogar Niederschlagsrekorde gebrochen.“

Wirksame Starkregenvorsorge gleicht einem Puzzle. Die unangenehmen Auswirkungen der Wetterextreme lassen sich nicht mit einer einzigen Methode vermeiden. Dieses Wissen ist mittlerweile Allgemeingut. Vielmehr brauchen wir ein System von vorbeugenden Maßnahmen, die ähnlich wie Puzzleteilchen das lokal passende Bild der vielfältigen Vorsorge allmählich komplettieren. Ein solches Puzzleteil kann der Mall-Sickertunnel CaviLine VS sein. Mit Vorfiltervlies und Filtermaterial reinigt er belastetes Niederschlagswasser von Verkehrsflächen. Die Fläche, mit der unterirdisch auf der Tunnelsohle gefiltert wird, steht rechnerisch im Zusammenhang mit dem Bemessungsregen, einem lokalen Wert des am jeweiligen Ort zu berücksichtigenden maximalen Niederschlagsereignisses. Auch die entwässerte Fläche spielt eine Rolle. Je stärker der Bemessungsregen und je größer die Einzugsfläche, desto mehr Filterfläche wird gebraucht. Die technischen Regeln, speziell die ÖNORM B 2506-3, geben den Planern hierzu Auskunft, auch zur Qualität des Filtermaterials.

> „Ist der gesammelte Abfluss von Straßen und Parkplätzen erst einmal unterirdisch gereinigt, liegt es nahe, ihn zu versickern. **Damit entsteht eine Win-win-Situation.“**

Versickern, statt die Flüsse zu belasten. Ist der gesammelte Abfluss von Straßen und Parkplätzen erst einmal unterirdisch gereinigt, liegt es nahe, ihn zu versickern. Damit entsteht eine Win-win-Situation: Die Flüsse bis hin zu Donau und Rhein, zu denen letztendlich (mit ihrem Umweg über die Kläranlage) auch die Schmutzwasserkanalisation gehört, sind von diesen Wassermengen entlastet. Zweitens wird mit Versickerung der gereinigten Regenabflüsse das Grundwasser angereichert, und das wird mit zunehmender Siedlungsfläche beziehungsweise Versiegelung der Oberfläche immer wichtiger. Denn unter Siedlungsgebieten ist die Tendenz größer, dass der natürliche Grundwasserspiegel absinkt – eine Folge der übermäßigen Regenableitung in Kanälen. Dieses Wasser fehlt dem unterirdischen Wasserreservoir. Das Verhältnis der Anteile von Versickerung und Verdunstung zum Anteil der Ableitung von Regenwasser hat sich praktisch umgekehrt. Während in der Natur die Ableitung in Bächen und Flüssen der kleinste Anteil war, ist er im Siedlungsgebiet und entlang der Verkehrswege der größte geworden – was zudem Überflutungen begünstigt.

DIPL.-ING. KLAUS W. KÖNIG IST FREIBERUFLICHER FACHJOURNALIST UND BUCHAUTOR
www.klauswkoenig.com

Hohlkörperrigolen des Typs CaviLine haben gegenüber den gebräuchlichen Füllkörperrigolen Vorteile durch den Werkstoff Stahlbeton. Sie sind statisch bestimmt, standsicher, mit Lkw befahrbar und kommen auch bei großen Hohlräumen ohne innere Aussteifungen aus. Lichte Höhe 1,25 m.

Sinkende Grundwasserspiegel bedenken. Mit Natur ist hierbei nicht landwirtschaftlich genutzte Fläche gemeint, sondern weitgehend unberührte Natur mit ihren intakten Speicher- und Rückhaltepotenzialen. Fällt mehr Regen, als spontan versickern oder verdunsten kann, so haben in einer ursprünglichen Landschaft Senken und Mulden sowie Altarme von Flüssen und moorige Feuchtgebiete die Funktion eines Schwamms zum Ausgleich von Zuviel und Zuwenig übernommen.

Die eingangs erwähnte Dürre als Folge von Trockenperioden entsteht durch das andere Extrem, das Zuwenig an Wasser in der Natur. Eine Situation, die nach Meinung vieler Experten künftig, ebenso wie lokaler Starkregen, tendenziell zunehmen wird. Die Landwirtschaft und der gewerbliche Gartenbau werden dann zur Bewässerung vermehrt Bedarf an Grundwasser anmelden. Auch dies ist ein Grund, mit einer Versickerung der anfallenden Niederschläge, wo immer möglich, einem sinkenden Grundwasserspiegel entgegenzuwirken.

Rigolenvolumen für die Rückhaltung bereitstellen. Laut Herstellerangaben ist das Besondere und der Grund zur Entwicklung des im Jahr 2020 neu auf den Markt gekommenen Sickertunnels CaviLine seine flache Bauform und die Befahrbarkeit, die selbst bei oberflächennahem Einbau mit geringer Überdeckung gegeben ist. Die zylindrischen, liegenden Halbschalen haben ein sehr gutes Verhältnis zwischen Hohlkörpervolumen und Sickerfläche. Das bedeutet günstige Baukosten. Welches Rigolenvolumen zur Rückhaltung notwendig ist, wird errechnet. Es ergibt sich aus der Differenz des Niederschlagsaufkommens (Produkt aus Bemessungsregen und entwässerter Fläche) und der Versickerungsfähigkeit des Untergrunds (Durchlässigkeitsbeiwert kf, gewonnen durch Bodenprobe). Die Sickertunnel eignen sich als „Linienentwässerung“ von Dach- und Verkehrsflächen. Sie können sogar wie Kanäle unmittelbar und in beliebiger Länge unter Straßen eingebaut werden – und das relativ nahe an der Oberfläche, also mit wenig Aushub: ein weiterer Kostenvorteil.

Oben befahrbar, unten zugänglich. Modulartig aneinandergereiht werden die Elemente direkt auf ca. 15 cm sickerfähigen Kiessand oder auf Split 2/8 mm gelegt. Abgedeckt wird diese Schicht durch ein Spezialvlies, das feine Stoffe, die von mechanischen Anlagen nicht zurückgehalten werden, aus dem Zulauf filtert. Bei Regenwasser von Dachflächen genügt diese Art der Reinigung in den meisten Fällen. Ansonsten wird unter das Vlies zwischen Magerbetonstreifen eine 30 cm starke Filterschicht eingebaut und/oder eine Vorreinigung in separatem Schacht durchgeführt. Bevor die Verfüllung der Baugrube beginnt, werden die Elementstöße an der gerundeten Oberseite des Tunnels mit Geotextil abgedeckt, der Domschacht für den Einstieg bis zur Geländehöhe aufgesetzt und die Zulaufleitung verlegt. Hohlkörperrigolen des Typs CaviLine haben gegenüber den gebräuchlichen Füllkörperrigolen Vorteile durch den Werkstoff Stahlbeton. Sie sind statisch bestimmt, standsicher, mit Lkw befahrbar und kommen auch bei großen Hohlräumen ohne innere Aussteifungen aus. Der Austausch von erschöpften oder kolmatierten Filterschichten ist aufgrund der sehr guten Zugänglichkeit der Anlagen mit geringen Mitteln einfach durchführbar.

Zusammenfassung. Für Regenabfluss von Verkehrs- und Dachflächen gelingt Versickerung ohne Flächenbedarf – unterirdisch, mit der notwendigen Vorreinigung, bei gleichzeitiger Befahrbarkeit. Die Regeln der Technik sind vorhanden, entsprechende Produkte ebenfalls. Kommunen können mit dem Sickertunnel CaviLine ihrem Maßnahmen-Puzzle gegen Überflutung bei Starkregen und gegen sinkende Grundwasserspiegel an vielen Stellen ein wirksames und kostengünstiges Puzzleteil hinzufügen.

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Impfbonus-Aktion bei Vialit Asphalt

Mit einem Bonus von bis zu 500 Euro pro Mitarbeiter (je nach Impfstatus) konnte das Unternehmen Vialit Asphalt GmbH & Co KG aus Braunau die Impfquote über Weihnachten nochmals steigern. Vialit orientiert sich mit dieser Maßnahme an anderen großen Unternehmen im Innviertel.
vialit.at

27,2 %

Die Neuzulassungen von Personenkraftwagen (Pkw) sind 2021 laut Statistik Austria im Vergleich zum Jahr davor um 3,6 Prozent auf 239.803 zurückgegangen. Damit liegen die Pkw-Neuzulassungen um 27,2 Prozent auf dem niedrigsten Wert seit 37 Jahren.

Glyphosat-Absatz steigt 2020 um 23 Prozent

Rund 3.800 Tonnen Glyphosat wurden 2020 in Deutschland verkauft – das entspricht einem Absatzplus von rund 23 Prozent. Für das Jahr 2021 dürften die Zahlen wieder zurückgehen. Denn seit August 2021 ist der Einsatz des Wirkstoffs nur noch eingeschränkt möglich.
de.statista.com

FOTO // sut-sanierung

Sanierungslösung für schmale Straßen und Wege

Die Instandhaltung von Asphaltdecken auf schmalen Verkehrsflächen, z.B. Fahrrad- und Gehwegen, stellt gerade die öffentlichen Baulastträger stets vor teure Herausforderungen. Die SUT Straßen und Umwelttechnik GmbH aus dem oberpfälzischen Arnschwang bietet hier eine interessante und kostengünstige Lösung an. Mit einer speziellen selbstfahrenden Arbeitsmaschine mit nur 1,70 Meter Breite und 7,5 Tonnen Dienstgewicht können genau diese Problembereiche oft ohne teure Neben- und Vorarbeiten saniert werden. Nach maximal 30 Minuten können die Flächen für den Verkehr freigegeben werden. Mehr Infos unter:
sut-sanierung.de

FOTO // Weber MT

Akkutechnik bei Rüttelplatten

Weber MT, Spezialist für handgeführte Verdichtungstechnik, stellt ein Sortiment von Maschinen mit Elektro- bzw. Akku-Antrieb vor. Die neuen Modelle ermöglichen nicht nur das Arbeiten in Innenräumen, sondern leisten auch einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Bei der eingesetzten Akkutechnik handelt es sich um einen effizienten Lithium-Ionen-Akku mit einer Leistung von 720 Wh. Je nach Gerät und Einsatzbedingungen kann mit einer Akkuladung bis zu 45 Minuten gearbeitet werden. Mehr Info unter:
webermt.com

2,8 %

Die durchschnittliche Inflationsrate des Verbraucherpreisindex (VPI 2020) betrug nach Berechnungen von Statistik Austria im Jahr 2021 2,8%.

Handbuch Mietrecht

Mietrechtliche Fragestellungen sind komplex und betreffen vielfach nicht nur zivilrechtliche Themen, sondern erfordern auch Kenntnisse aus angrenzenden Rechtsgebieten.

Das „Handbuch Mietrecht" vereint daher Zivilrecht und Steuerrecht in einem Werk. Gegliedert nach Themenbereichen und Steuerarten, verbindet es alle wesentlichen praktischen Fragestellungen aus beiden Rechtsgebieten mit dogmatischem Tiefgang und bietet dadurch dem Leser einen fundierten Überblick. Von einem Expertenteam verfasst, richtet sich das Werk insbesondere an Rechtsanwälte, Steuerberater und Personen, die im Immobilienbereich tätig sind.
Mehr Info unter:
lindeverlag.at

100.000 Euro für Klimaschutz-Projekte

Die Gratis-Tageszeitung *„Heute“* lobt mit ihrer Initiative „Heute4Future“ einen Preis für innovative Klimaschutzprojekte aus. In einer der drei Kategorien werden Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, ihre besten Projekte einzusenden. Auf die Gewinner warten Preise im Wert von bis zu 100.000 Euro. Bis 28. Februar können Projekte in folgenden drei Kategorien eingereicht werden:

1. Unternehmen
2. **Städte und Gemeinden**
3. Projekte der Zivilgesellschaft

Mehr Information unter:
heute.at/heute4future-award

„Aus unseren 105 Klima- und Energie-Modellregionen mit 950 teilnehmenden Gemeinden wissen wir: **Die Begeisterung in den Regionen für das Thema Klimaschutz ist da.**“

Ingmar Höbarth,
Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer

Damit du gut ankommst!

Die neuen Verkehrssicherheitsbroschüren für Volksschule und Kindergarten sind da! Dieses Jahr mit großem Malwettbewerb. Zu gewinnen gibt es einen Robotik-Workshop mit dem KFV. Wissenswertes und Lehrreiches rund um das Thema Verkehr und Sicherheit sind kindgerecht verpackt und sorgen so für mehr Sicherheit in der Gemeinde! Die von Experten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV) erstellten Broschüren werden sehr gerne unterstützend von Schul- und Kindergartenpädagogen eingesetzt und dienen Eltern als wichtiger Wegweiser.

Mehr Information bei:
Karin Wayssmaier 0664 88728464 oder
karin.wayssmaier@kommunal.at

„Sicherer Schulweg“ bietet kindgerecht aufbereitete Inhalte zum Thema Verkehrssicherheit und kann mit Foto, Widmungstext und Unterschrift personalisiert werden. Erhältlich sind die Broschüren zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10 % MwSt.

BANK BRICO mit Acrylbelattung
Auch mit Holzbelattung lieferbar.

Nachhaltig, ansprechend, langlebig

STAUSBERG
STADTMÖBEL

Stausberg Stadtmöbel GmbH 4531 Kematen a. d. Krems Telefon +43 (0)7258 / 5711 stausberg.at

BAUKULTURGEMEINDE
Mödlings Weg mit Historischem und Neuem
Seite 60

MOBILITÄT
Bewegter durch die Krise
Seite 62

DAS AMT UND SEINE TRÄGER*INNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2.098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? Eine KOMMUNAL-Porträtserie über Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

NAHAUFNAHME MARGIT WENNESZ-EHRLICH

DIE HELFERIN IM HINTERGRUND

Margit Wennesz-Ehrlich ist die zweihundertste Bürgermeisterin Österreichs. Daraus macht sie sich allerdings wenig. Wichtiger ist ihr vielmehr das Wohlergehen ihrer zweisprachigen Heimatgemeinde Oslip.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Als ihr Vorgänger Margit Wennesz-Ehrlich am 15. Oktober zum Wahlsieg gratulierte, sagte er ihr, dass sie damit die zweihundertste Bürgermeisterin Österreichs sei. „O.k., freut mich", dachte sie sich – mehr aber auch nicht. Doch von ZIB 1 über ZIB 2 und quer durch die Tageszeitungen fand dieser Umstand große Resonanz. „Die Anteilnahme der Bevölkerung war überwältigend. Natürlich hat mich das sehr gefreut, gar kein Thema. Aber dass diese Tatsache medial so vermarktet wird, hätte ich mir nicht gedacht", bekennt die neue Bürgermeisterin von Oslip.

Beruflich ist Wennesz-Ehrlich seit über 31 Jahren bei der Burgenländischen Landwirtschaftskammer tätig, seit 25 Jahren übrigens auch in der Funktion als Betriebsrätin. „Ich helfe Menschen gerne und ich habe Menschen gerne. Vielleicht bin ich auch deswegen jetzt mit meinen 49 Jahren in der Rolle der Bürgermeisterin gelandet", erklärt sie. Dass das keine abgedroschene Floskel ist, sondern tatsächlich ihr Wesen beschreibt, beweist das vielfältige Engagement, das die Oslip-erin in, aber auch abseits der Politik an den Tag legt: „Es gibt in Oslip kaum ein Fest, bei dem ich, mein Mann oder meine Tochter nicht mithelfen. Ich unterstütze grundsätzlich gerne Vereine, denn sie leben von der Gemeinschaft, und wenn man nicht zusammenhält, funktioniert gar nichts. Leider ist es unter den derzeitigen Bedingungen schwierig, das aktive Vereinsleben zu forcieren." »

FOTO // privat

„WENN MAN NICHT ZUSAMMENHÄLT, **FUNKTIONIERT GAR NICHTS.**“

Margit Wennesz-Ehrlich über die verbindende Funktion der Vereine

NAME: **MARGIT WENNESZ-EHRLICH**

ALTER: **49**

GEMEINDE: **OSLIP**

EINWOHNERZAHL: **1.271** (2021)

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **15. OKTOBER 2021**

PARTEI: **ÖVP**

Oslip liegt im burgenländischen Weinbaugebiet, im Hintergrund befindet sich das Leithagebirge.

„WENN DU ALS FREMDER AUF IRGENDEIN FEST KOMMST, **BIST DU KEINE 5 MINUTEN ALLEINE.“**

Margit Wennesz-Ehrlich beschreibt die Kontaktfreudigkeit der Osliper Bevölkerung

Schon von klein auf war Wennesz-Ehrlich an Politik interessiert, hat stets in der ÖVP-Fraktion mitgearbeitet und war auch auf der Liste unterstützend für den jeweiligen Bürgermeister. „Allerdings war ich immer im Hintergrund und wenn etwas gebraucht wurde, war ich da“, erzählt die Bürgermeisterin. Neben Politik, Betriebsrat, Vereinen und Festen hilft die gläubige Katholikin nicht nur in der weltlichen, sondern auch in der kirchlichen Gemeinde eifrig mit. Seit drei Perioden sitzt sie im Pfarrgemeinderat und mittlerweile auch schon die zweite Periode ist Wennesz-Ehrlich Ratsvikarin. Als rechte Hand des Pfarrers repräsentiert sie in dieser Funktion die Kirche nach außen hin. „Gewissermaßen bin ich also auch dort die kirchliche Bürgermeisterin“, lacht sie. Dennoch war der Schritt zum Bürgermeisteramt und damit in die erste Reihe ein für sie ungewohnter.

„Wenn man in der zweiten Reihe steht, spricht es sich leichter als in der ersten“, findet die Ortschefin von Uzlop. So heißt Oslip auf Kroatisch, und immerhin zählt sich die Mehrheit der Bürger zur Volksgruppe der Burgenlandkroaten. Wennesz-Ehrlich hat teilweise ebenfalls kroatische Wurzeln.

Ihre Großmutter war allerdings im Jahr 1933 die zweite Deutschsprachige, die nach Oslip kam, weswegen im mütterlichen Haushalt und unter Geschwistern Deutsch gesprochen wurde. Über ihr Burgenlandkroatisch sagt sie: „Ich kann es sprechen und ich verstehe alles, allerdings möchte ich mich weiterentwickeln und insbesondere als Bürgermeisterin redegewandter werden.“ Ihre 15-jährige Dackel-Dame Stella, die bis dahin entgegen ihren Gewohnheiten ganz still dem Interview lauschte, gibt an dieser Stelle ein zustimmendes „Wuff“ von sich.

Oslip liegt im Nordburgenland, zwischen Eisenstadt und dem Neusiedlersee, in der Wulkaebene, nahe dem Leithagebirge. Die Landschaft und die Kultur sind vom Weinbau geprägt und der Ort ist weithin für die Cselley-Mühle bekannt. Das legendäre Kultur- und Aktionszentrum wurde übrigens mit Jahresanfang vom ehemaligen Besitzer des Family-Parks übernommen und soll renoviert werden.

Doch weder das eine noch das andere kommt Wennesz-Ehrlich als Erstes in den Sinn, wenn sie darüber nachdenkt, wie sie ihre Gemeinde am besten beschreiben soll. Vielmehr ist es für sie die Mentalität der Osliper: „Wir sind eine liebenswerte Gemeinde und unsere Gemeindebürgerinnen und -bürger sind sehr hilfsbereite und kontaktfreudige Leute. Wenn du als Fremder auf irgendein Fest kommst, bist du keine fünf Minuten alleine. Du wirst angesprochen und bist sofort mittendrin in der Ortsgemeinschaft. Vorausgesetzt natürlich, der- oder diejenige lässt das zu.“

Der Umgang miteinander ist herzlicher als anderswo, und auch bei der aktuell viel zitierten Spaltung der Gesellschaft scheint die Lage besser als andernorts. „Man kommt schon mit Leuten ins Gespräch, die Corona überhaupt nicht wahrnehmen oder sagen, dass es das nicht gibt. Oder anderen, die sagen, sie wollen sich nicht impfen lassen bzw. medizinische Vorkehrungen abwarten. Die Osliper sind aber zu über 85 Prozent geimpft. Da sind wir sehr gut unterwegs.“ Dafür, warum das so ist, nennt Wennesz-Ehrlich mehrere Aspekte. „Wir hatten im Oktober 2020 einen – ich würde fast sagen – kleinen Cluster: um die 30 Personen, die an Corona erkrankt sind. Ich nehme an, dass das doch im Hintergrund das Sicherheitsargument bei vielen schwerer wiegen

Die Cselley-Mühle in Oslip ist ein Veranstaltungsort mit großer Tradition.

FOTO //Dguendel CC BY 3.0

Ein starkes Team: Margit Wennesz-Ehrlich mit Tochter Catharina und Ehemann Ernst.

Als Ratsvikarin ist die Bürgermeisterin in der katholischen Gemeinde fest verankert.

FOTOS // Bwag CC BY-SA 3.0 at

ließ." Davon abgesehen hat die Bürgermeisterin den Eindruck, „dass bei uns die Leute schon sehen, wie wichtig es ist, trotzdem der Forschung und den Medizinern zu vertrauen". Dazu komme weiters, dass bereits vom vorherigen Bürgermeister gute Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Nach wie vor gibt es niederschwellig und nah „Impfen ohne Anmeldung" bei der Ärztin direkt im Ort, wobei die Bürgermeisterin nicht müde wird, das auch zu bewerben.

Und schließlich mag es auch der kollektive Wunsch nach einem Gemeinschaftsleben wie früher sein. Die 1.300-Seelen-Gemeinde hatte nämlich bis zu Corona ein sehr intaktes Kirchenleben. „Die Menschen in Oslip gehen noch sehr gerne in die Kirche, weil es einfach dazugehört. Dass die Kirchen geschlossen waren, war ein herber Einschnitt. Viele wollen deshalb dazu beitragen, dass wir einfach wieder ein normales Leben führen können – wie auch immer man jetzt ‚normal' interpretieren will."

Unabhängig von der Pandemie befasst sich Wennesz-Ehrlich natürlich auch mit den anstehenden Projekten in der Gemeinde, wie etwa einigen kleineren, aber notwendigen Sanierungen im Kindergarten und in der Volksschule. Aktuell besonders im Fokus hat die Ortschefin die Blackout-Vorsorge.

„Wir haben dafür ein eigenes Team zusammengestellt, das eventuelle Katastrophenfälle durchdenkt und Worst-Case-Szenarien einkalkuliert. Wir sind schon mittendrin in der Umsetzung, damit wir für Schule, Kindergarten, Arzt, Gemeinde und Feuerwehr auch im Ernstfall die Versorgung gewährleistet haben. Kurz gesagt, dass einfach die Infrastruktur funktionieren kann und alle optimal versorgt werden können. Das ist mir sehr, sehr wichtig."

Wichtig ist der Bürgermeisterin auch ein gepflegtes und respektvolles Miteinander und sie will Lösungen für alle Altersgruppen finden, für die Jüngsten gleichermaßen wie für die Ältesten. Als weiteres Anliegen nennt sie das Fortführen und Beschaffen von leistbarem und attraktivem Wohnraum – für junge Familien, aber auch weil es in der Pandemie für einige durch Jobverlust schwierig geworden ist, ihre Wohnung zu erhalten. Wennesz-Ehrlich möchte auch die älteren Generationen seitens der Gemeinde mehr unterstützen, ob beim Arztbesuch, beim Einkaufen oder auch nur beim Ausfüllen von Formularen, „damit die Wohlfühlgemeinde für alle Bürger erhalten bleibt".

Von ihrer Fraktion wurde Wennesz-Ehrlich im Oktober 2021 einstimmig gewählt. Im Oktober 2022 wird sie sich erstmals dem Bürgervotum stellen. Nachdem ihre Tochter mittlerweile 23 Jahre alt und erwachsen ist, hat Wennesz-Ehrlich sowohl die Ressourcen als auch große Lust darauf, „einfach für die Menschen da zu sein, die mich brauchen, und Oslip in eine positive Zukunft führen zu können". Auf den neuen Obstlehrpfad müssen die Osliper aber nicht so lange warten. Der soll schon heuer umgesetzt werden.

Wennesz-Ehrlich ist nämlich auch Obfrau von „Gesundes Dorf Oslip" und als solche plant sie einen gesunden Naschgarten für Kinder und Jugendliche anzulegen, „mit Sträuchern und Stangenobst und mit einfachen Pflanzen wie Paprika oder Paradeiser. Damit die Kinder erfahren, wie einfach man selbst etwas zu Hause machen und gesund leben kann. Ich hoffe, dass es mir mit Hilfe unserer Mitbürger gelingen wird, unsere Heimatgemeinde noch liebens- und lebenswerter zu gestalten, wo sich alle wohlfühlen können."

KOMMUNAL-SCHWERPUNKT „BODEN G'SCHEIT NUTZEN" 3/8

BAUKULTURGEMEINDE 2021: **MÖDLING**

Die Nähe zu Wien und zum Wienerwald macht Mödling zu einer attraktiven Stadt. Seit Jahrzehnten arbeiten Verantwortliche daran, Historisches zu bewahren und Neues bedachtsam zu entwickeln. Mit Erfolg!

Wohl einer der bedeutendsten Schritte der Stadt Mödling war die Einführung eines Bauland-Kontos, dessen Kontostand sich nicht verändern darf. Wenn für einen Lückenschluss Bauland neu gewidmet wird, muss also gleichzeitig anderswo Bauland in Grünland umgewidmet werden. Damit wurde nicht nur auf die Gefahr der Zersiedelung zum Schutz des Wienerwaldes reagiert, sondern auch einer klugen und kreativen Innenverdichtung der Weg bereitet.

Qualitätvolles Bauen. Neben einem ausgefeilten örtlichen Entwicklungskonzept haben die Verantwortlichen in Mödling verschiedene Schutzzonenkategorien definiert. Kleinteilig schützen sie den wertvollen Gebäudebestand und gestatten unterschiedliche Veränderungen. Ein Gestaltungsbeirat gewährleistet nicht nur den unabhängigen Blick von außen, sondern fungiert gleichzeitig als Sparringpartner für bauliche Herausforderungen. Die Qualität der städtischen Veränderung wird in Mödling nicht dem Zufall überlassen. Bauwerber:innen wissen das schon früh.

Klimafit und viel Grün. Mödling hat 24.000 Einwohner:innen und der Bedarf an Wohnraum steigt. Werden neue Areale entwickelt, entsteht dies nicht nur im Dialog mit den Bürger:innen, sondern in Kooperation von Politik, Verwaltung, Planer:innen und Investor:innen. Der Freiraum ist stets im Visier. Er soll eine möglichst hohe Aufenthaltsqualität bieten, klimafit und grün sein. Zudem setzt Mödling vorbildlich auf Entsiegelung (Beispiel: Josef-Hyrtl-Platz) und Grünzonen nach Schwammstadt-Prinzip mit großer Wasserspeicher-Kapazität und kühlender Wirkung.

„Wir wollen mit unserer Baukultur respektvoll umgehen, **sie aber auch vorantreiben.**"

Werner Deringer, Baudirektor / **Silvia Drescher**, 1. Vizebürgermeisterin / **Rainer Praschak**, 2. Vizebürgermeister

Und das sagt die Jury: Die Gemeinde Mödling erhält den LandLuft Baukulturgemeinde-Preis, weil ...

... sie kein zusätzliches Bauland widmet, mit den unbebauten Flächen sparsam umgeht und in der Planung klare Rahmenbedingungen schafft.

... sie im öffentlichen Raum das Prinzip der Schwammstadt umzusetzen versucht und bisher versiegelte Flächen aufbricht.

... sie den Gestaltungsbeirat vielfältig einsetzt und mit ihrem Schutzzonenmodell kombiniert.

... sie dem Prinzip folgt, Altes zu erhalten und Neues mit Bedacht und unter Einbindung der Bevölkerung zu entwickeln.

LANDLUFT

LandLuft, der Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen, vergibt den Baukulturgemeinde-Preis. Der Fokus der Vereinstätigkeit ist die Baukulturvermittlung auf kommunaler Ebene.

LANDLUFT BAUKULTURGEMEINDE-PREIS 2021

PREISTRÄGERINNEN

Feldkirch (Vorarlberg)
Göfis (Vorarlberg)
Mödling (Niederösterreich)
Thalgau (Salzburg)

ANERKENNUNGEN

Andelsbuch (Vorarlberg)
Innervillgraten (Tirol)
Nenzing (Vorarlberg)
Trofaiach (Steiermark)

Der LandLuft-Sonderpreis geht an neun private Initiativen im Bereich Bodenpolitik, Raumordnung und Baukultur.

WANDERAUSSTELLUNG

Die prämierten Projekte werden in einer buchbaren Wanderausstellung präsentiert. Die Tour führt durch ganz Österreich.

PUBLIKATION „BODEN G'SCHEIT NUTZEN"

Das Buch über die Baukulturgemeinden ist bei LandLuft zum Preis von 24 Euro erhältlich.

servus@landluft.at
www.landluft.at

„BODEN G'SCHEIT NUTZEN"

Mit der Schwerpunkt-Reihe „Boden g'scheit nutzen …" stellt KOMMUNAL die acht frisch prämierten Baukulturgemeinden Österreichs vor. Sie wurden vom Verein LandLuft für ihr baukulturelles Engagement und ihren nachhaltigen sowie innovativen Umgang mit der Ressource Boden ausgezeichnet.

Mödling hat Historie und Zukunft im Blick. Die niederösterreichische Stadt widmet konsequent kein zusätzliches Bauland, geht mit zu bebauenden Flächen sehr sorgsam um und bleibt dem Gartenstadt-Konzept treu.

CHECK-LISTE

- „Örtliches Entwicklungskonzept"
- Aktive Bürger:innenbeteiligung
- Baukultur in der Gemeindestrategie
- Verkehrskonzept
- Gestaltungsbeirat

FACTS

MÖDLING

- Gemeindefläche: 10,05 km²
- Einwohner:innen: 24.236
- Hauptwohnsitze: 20.630
- Zweitwohnsitze: 3.606
- Arbeitsplätze (2011): 10.513
- Nächtigungen (2019): 42.673

Die Gartenstadt Mödling hat ein besonderes Augenmerk auf den Grünraum – in bestehenden Strukturen ebenso wie bei der Entwicklung großer Areale à la „Schleussner-Gründe" oder „Neusiedlerviertel". Die Einbeziehung von Bürger:innen hat dabei einen großen Stellenwert.

Der Ausbau von Fuß- und Radwegen wird ebenso vorangetrieben wie die Begrünung von Straßenräumen. Als erste Stadt Niederösterreichs hat Mödling das innovative Schwammstadt-Prinzip umgesetzt, das durch unterirdische Wasserspeicher das Pflanzenwachstum fördert.

FOTOS // © LandLuft Lippzahnschirm Raneburger / © Heinz Schmölzer / © Wolfgang Gerlich

KFV: WIE CORONA UNSERE MOBILITÄT BEEINFLUSST

BEWEGTER DURCH DIE KRISE

Wie bewegt sich Österreich? Eine Studie des KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) ist dieser Frage nachgegangen und gibt Aufschluss über das Mobilitätsverhalten der österreichischen Bevölkerung vor, während und nach der Corona-Krise.

Ausgedehnte Spaziergänge an der frischen Luft oder eine Runde mit dem Fahrrad wurden speziell in Zeiten der Corona-Krise zu einem wichtigen Ausgleich für viele Österreicher:innen. Das und vieles mehr haben nun auch aktuelle Umfrageergebnisse der neuen KFV-Studie bestätigt. 1.005 Österreicher:innen wurden im Zeitraum von Ende Oktober bis Mitte November 2021 nach ihrem Verhalten im Straßenverkehr und speziell auch danach befragt, welche Fortbewegungsmittel sie vor, während und nach der Pandemie bevorzugt genutzt haben beziehungsweise auch weiter benutzen werden.

Weniger Flugverkehr und mehr zu Fuß unterwegs. Befragt nach dem Mobilitätsverhalten vor Beginn der Corona-Pandemie zeigte sich: In den letzten zwölf Monaten vor der Krise waren die beliebtesten Fortbewegungsarten, die zumindest ein paarmal pro Woche von den Befragten genutzt wurden, Zufußgehen (78 Prozent), das Auto (selbst fahren – 68 Prozent) und die öffentlichen Verkehrsmittel (32 Prozent). Durch die Pandemie hat sich das Mobilitätsverhalten der österreichischen Bevölkerung dann schlagartig geändert: Die stärksten reduzierenden Auswirkungen kann der Flugverkehr verzeichnen, gefolgt von den öffentlichen Verkehrsmitteln und einer verminderten Motorrad- und Autonutzung. Stattdessen hat sich ein neuer Trend zu aktiverer Fortbewegung etabliert. Besonders Zufußgehen und Fahrradfahren haben stark an Beliebtheit dazugewonnen. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass die Corona-Krise einen bleibenden Effekt auf die Motivation „sich zu bewegen“ haben könnte: So gibt knapp ein Fünftel

FOTO // ©nito - stock.adobe.com/

Durch die Pandemie hat sich das Mobilitätsverhalten der österreichischen Bevölkerung schlagartig geändert: Es hat sich ein neuer Trend zu aktiverer Fortbewegung etabliert.

FOTO // © ARBÖ

„Von den Befragten selbst wurden die **Schaffung sicherer Schulwege und die Errichtung sicher gestalteter Wege** für Fußgänger:innen als mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit genannt."

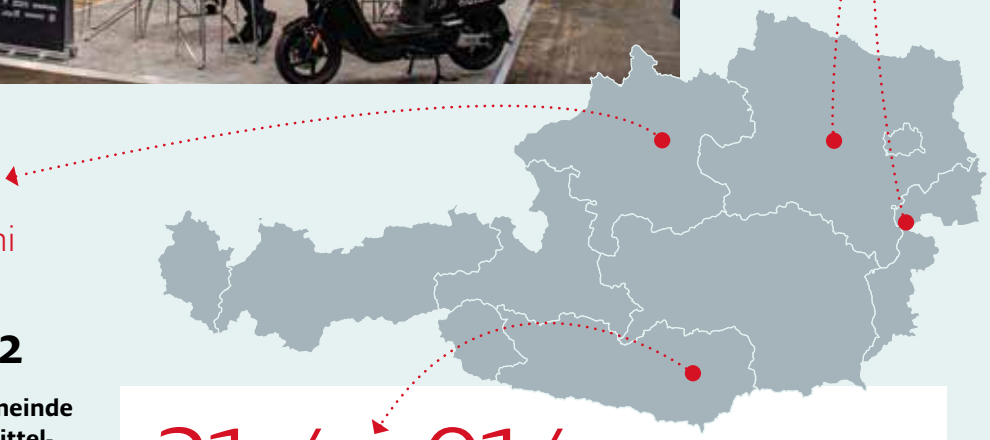
Klaus Robatsch, Leiter des Bereichs Verkehrssicherheit im KFV

der Österreicher:innen an, dass sie (auch) nach der Krise häufiger als davor zu Fuß gehen möchten, und rund ein Sechstel will noch häufiger mit dem Fahrrad fahren. Das Flugzeug und den Pkw möchten die Befragten in Zukunft hingegen seltener nutzen.

Verbesserte Infrastruktur ist vonnöten. Die Erhöhung des Rad- und Fußverkehrs bringt jedoch auch neue Herausforderungen für die Städte und Gemeinden sowie auch für die Verkehrsplaner mit sich: „Es sollte angestrebt werden, entsprechende Infrastrukturmaßnahmen zu planen, damit die betreffenden Verkehrsteilnehmer diesem Trend auch sicher folgen können. Ausreichend breite Radfahranlagen, die Entschärfung von Kreuzungssituationen, gesetzliche Änderungen wie die Etablierung eines generellen seitlichen Mindestüberholabstands von 1,5 Metern für Radfahrer sowie auch eine verstärkte Bewusstseinsbildung würden für sicherere Gegebenheiten sorgen", betont DI Klaus Robatsch, Leiter des Bereichs Verkehrssicherheit im KFV. Ausreichende Sichtweiten in Kreuzungsbereichen und an Querungsstellen sowie eine großzügigere Dimensionierung von Radverkehrsanlagen sind weitere wesentliche Faktoren, die es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen gilt. Auch die Befragten äußerten Wünsche nach Maßnahmen im Straßenverkehr: So wurden etwa die Schaffung sicherer Schulwege und die Errichtung sicher gestalteter Wege für Fußgänger:innen als mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für aktive Verkehrsteilnehmende genannt.

Größeres Augenmerk auf Unfallprävention. Neben dem Wunsch nach Verkehrssicherheitsmaßnahmen wurde auch das Thema Unfallprävention noch mehr in den Fokus gerückt – dies wirkt sich auch dementsprechend auf die Achtsamkeit der Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr aus: Im Vergleich zum Beginn der Krise konnte ein leichter Trend zu einem behutsameren Verhalten im Straßenverkehr festgestellt werden – knapp ein Viertel der Befragten lässt vermehrt Vorsicht walten, wobei sich die älteren Semester mit 60 plus deutlich vorsichtiger verhalten als die 30- bis 59-Jährigen. Als Gründe gaben die Befragten an, dass sie sich nun generell vorsichtiger verhalten würden und dass sie auch die ohnehin überlasteten Krankenhäuser nicht weiter strapazieren wollten.

TERMINE



29 + 30/ Juni

68. Gemeindetag und Kommunalmesse 2022

Die Kommunalmesse 2022 setzt die Gemeinde als Gestalter der Lebensräume in den Mittelpunkt und widmet das Brennpunkt-Thema ganz den Gemeinden, die wegweisend für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger sind. Zum Themenschwerpunkt wird es eigene Bereiche auf der Messe geben, in denen zahlreiche Informationsveranstaltungen stattfinden, Best-Practice-Beispiele aus Gemeinden vorgestellt werden und Raum für diverse regionale, digitale und innovative Verbände und Kooperationspartner zur Verfügung gestellt wird. Bei Interesse an einer Kooperation zum Thema **„Regional.Digital. Innovativ – Unsere Gemeinde als Gestalter der Lebensräume“** wenden Sie sich bitte direkt an die Messeleitung.

diekommunalmesse.at
Ort: Wels Messegelände

31/ März – 01/ April

Kommunalwirtschaftsforum 2022

Mit Kreativität und Leidenschaft werden in Österreichs Gemeinden tagtäglich neue Herausforderungen in Angriff genommen. Ideen werden zu Projekten und Projekte zu erfolgreichen Lösungen. Beim Kommunalwirtschaftsforum widmet man sich jenen Themen und Vorhaben, die Österreichs Kommunen besonders bewegen.

kommunalwirtschaftsforum.at
Ort: Blumenhalle, St. Veit / Glan

PERSONALIA

Zwei Bürgermeister „leiten“ den NÖ Landtag

ST. PÖLTEN // Der Yspertaler und langjährige Landtagsabgeordnete Karl Moser wurde im Dezember 2021 mit 53 von 54 abgegebenen Stimmen zum neuen Zweiten Landtagspräsidenten des NÖ Landtags gewählt. Er folgt damit Gerhard Karner nach, der neuer Innenminister wurde. „Ich gratuliere Karl Moser zur Wahl und heiße ihn im Landtagspräsidium herzlich willkommen. Aufgrund seiner langen Erfahrung im niederösterreichischen Landtag – immerhin ist er schon seit dem 7. Juni 1993 Abgeordneter zum Landesparlament – wird er es bereichern und sich konstruktiv zur Stärkung des Landtags einbringen“, gratuliert Landtagspräsident Karl Wilfing seinem neuen Stellvertreter.

Wilfing und Moser weisen beide eine langjährige kommunale Vergangenheit auf. Karl Wilfing war 26 Jahre in Poysdorf in der Kommunalpolitik, davon elf Jahre Bürgermeister. Von 2011 bis 2014 war er Vizepräsident des niederösterreichischen Gemeindebundes. Karl Moser verbrachte 38 Jahre in der Yspertaler Kommunalpolitik, davon 31 als Bürgermeister. Von 2001 bis 2021 bekleidete er zudem die Funktion des Vizepräsidenten des NÖ Gemeindebundes.

FOTO // NÖ Landtag/Antal

Karl Moser.

FOTO // NLK/Pfeiffer

Landtagspräsident Karl Wilfing (r.) überreicht dem neuen Zweiten Präsidenten Karl Moser das Ernennungsdekret.

Eine Ära ist zu Ende: Neue Bürgermeisterin übernimmt

MATTERSBURG // In Mattersburg ging eine Ära zu Ende: 22 Jahre war Ingrid Salamon Bürgermeisterin der Stadtgemeinde Mattersburg. Die 63-Jährige hat sich – wie schon länger geplant – mit 30. November in den Ruhestand verabschiedet. Nachfolgerin ist die Landtagsabgeordnete und Schuldirektorin Claudia Schlager. Sie will für Mattersburg ein Gesamtkonzept erstellen, das alle Generationen einbezieht, die Infrastruktur ausbauen sowie Klimaschutzmaßnahmen, Bildung und Kinderbetreuung, Kultur und leistbares Wohnen forcieren. Über ihre Motivation für das Bürgermeisteramt sagt sie, dass es „mir wichtig ist, zukunftsorientiert zu denken, das Wohlergehen der Stadt im Fokus zu haben und die Wünsche der Mattersburger:innen und Walbersdorfer:innen in die Entscheidung einzubinden“.

Quelle: gemeindebund.at

OFFENLEGUNG

GEMÄSS § 25, ABS. 1 – 4, MEDIENGESETZ 2005 FÜR DIE PERIODISCHE DRUCKSCHRIFT „KOMMUNAL“

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
Löwelstraße 6, 2. Stock,
1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/32 23 88-522
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
www.kommunal.at

Geschäftsführung Mag. Michael Zimper

Redaktion Tel.: 01/532 23 88
Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl – DW 515
helmut.reindl@kommunal.at
Andreas Hussak - DW 537
andreas.hussak@kommunal.at

Adressverwaltung Regina Philipp – DW 18
regina.philipp@kommunal.at

oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max – DW 42
thomas.max@kommunal.at

Fotos stock.adobe.com; www.bilderbox.at

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88
Martin Pichler (Leitung) – DW 511
martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl
PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage KOMMUNAL: 34.356
(ÖAK kontrolliert „verbreitete Auflage“ Halbjahresschnitt 1. Halbjahr 2021)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Mit „Entgeltliche Einschaltung“ gekennzeichnete Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

Unternehmensgegenstand:
Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Weiters der Handel mit Waren aller Art und die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter: Mag. Michael Zimper, Verleger, Wien (55 Prozent), sowie die „Zimper GmbH“ (45 Prozent), Gesellschafter Mag. Michael Zimper, Verleger, Wien.

Beteiligungen: Die „Zimper GmbH“ ist mit 93 Prozent an der „Loisel.Spiel.Zach GmbH“ in Wien beteiligt, der Österreichische Kommunal-Verlag mit 100 Prozent an der „Zimper Media GmbH“ in Deutschland sowie mit 33,3 Prozent an der „Kommunos GmbH“ und mit 25,3 Prozent an der „RIS GmbH“.

Die grundlegende Haltung von KOMMUNAL ist die Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen gesetzlichen Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden, des Österreichischen Gemeindebundes.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:

- **Alle** Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.
- **Alle** leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll- und Reinhalteverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.
- **Alle** für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.
- **Alle** politischen Mandatare der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes und Bezirksebene.
- Wichtige **Meinungsträger** im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

Mehr Informationen zu KOMMUNAL und zum Österreichischen Kommunal-Verlag finden Sie auf den Websites:
www.kommunal.at
www.kommunalverlag.at
www.diekommunalmesse.at
www.kommunalbedarf.at

„Unserem Ziel entsprechend, die kommunale Ebene zu stärken, ist unser Portfolio breit gefächert und ermöglicht ganzheitliche, nachhaltige Lösungen. Das umfasst Fachmagazine, Kongresse, die Kommunalmesse sowie weitere Beteiligungen, um Kommunen in ihrem öffentlichen Auftrag zu unterstützen.“

Michael Zimper
Geschäftsführer des Österreichischen Kommunal-Verlags

Christina
Ausserwöger

KOMMUNAL
Webinare

kommunal.at/webinare

Power-Recruiting für Gemeinden

Herausforderungen am aktuellen Arbeitsmarkt

08. Feb. 2022 | 09:30 - 11:00 Uhr

JETZT ANMELDEN!

Karim-Patrick
Bannour

Social Media für Kommunen

Tipps zu Themen, Plattformen & Zielgruppen

10. Feb. 2022 | 09:00 - 11:00 Uhr

NATÜRLICH DÄMMEN MIT HANF

CAPATECT

Die ökologische Alternative bei der Fassadendämmung

- Gute Dämmeigenschaften
- Diffusionsoffen
- Ausgezeichneter Schallschutz
- Nachwachsend
- Öko-Förderung
- **Höchste Widerstandskraft und Hagelsicherheit**

www.capatect.at
www.hanfdaemmung.at

CAPATECT Hanffaser-Dämmplatte
österreichischer klimaschutzpreis
Preisträger 2013

ENERGIE GENIE

Erzeugt in Österreich